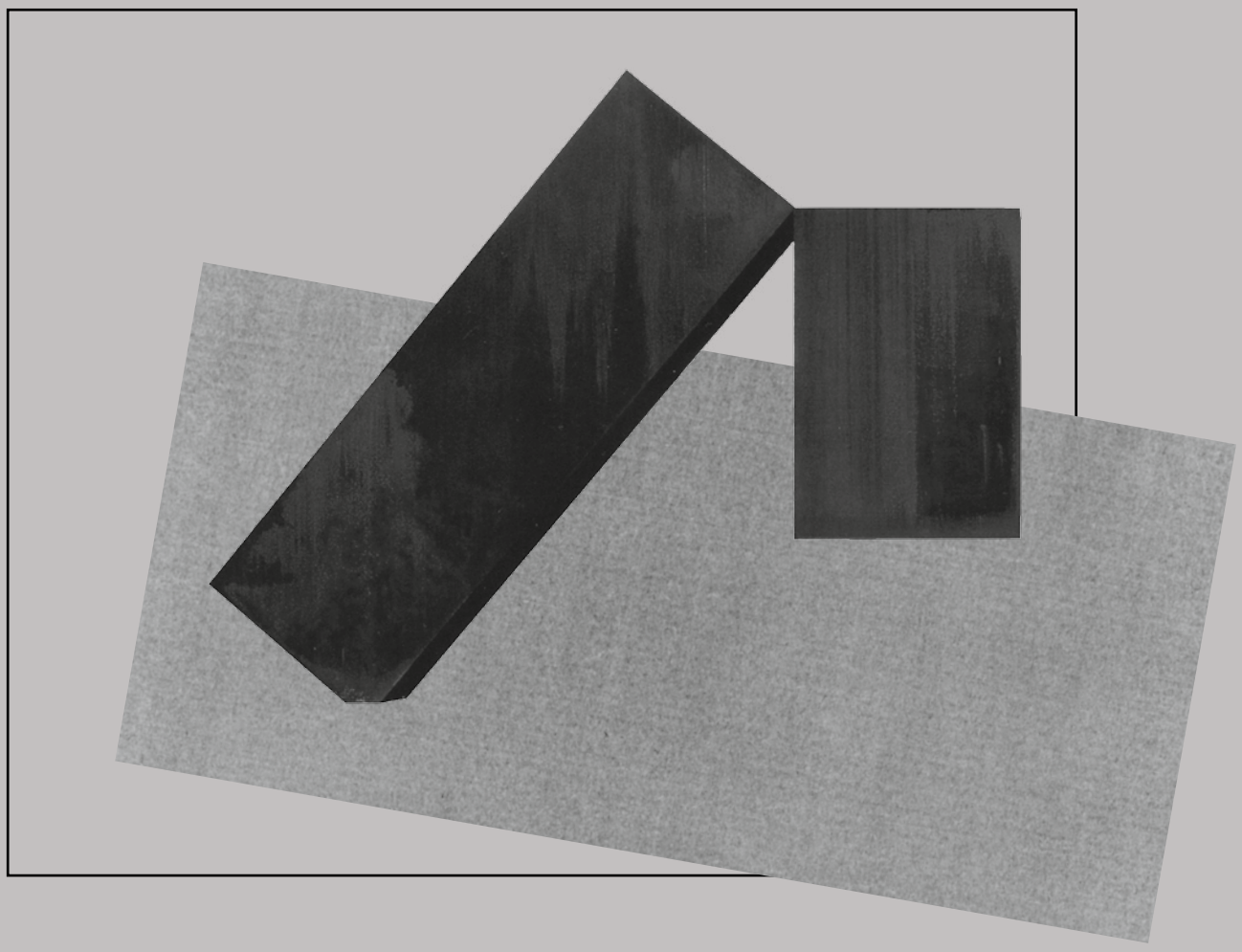
BLZ

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Bremen
03/04-2016
März/April

LEIHARBEIT UND PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG



GEW

Soziale Spaltung – gespaltene Demokratie – Juniorwahlen

Hans-Wolfram Stein
ehemaliger Lehrer für Politik und Wirtschaft an GSO und SZ Walliser Straße, Sozialwissenschaftler

■ Die soziale Spaltung in Bremen vergrößert sich. Ihr entspricht eine Spaltung bei der Wahlbeteiligung. Nach der Bürgerschaftswahl 2015 war zentrales Thema, dass in den armen Quartieren viel weniger gewählt wurde als in den reichen. Die Forscher der Bertelsmann-Stiftung sprechen von »gespaltener Demokratie« und Wahlen, die »sozial nicht mehr repräsentativ« sind. Die Altersgruppe mit der höchsten Armutsquote sind jungen Menschen zwischen 16 und 25. Auch hier gilt das Gleiche: Junge Menschen wählen viel seltener als ältere über 50. Dies ist besorgniserregend, weil junge Menschen habitualisieren könnten, dass die eigene Stimme nichts wert ist. Gelernt werden soll anderes. Im Beutelsbacher Konsens, dem »Grundgesetz« der politischen Bildung, heißt es »Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen.« Einer dieser Wege ist die Nutzung des Wahlrechts. Unstreitig ist, dass diese Erfahrung allen vermittelt werden muss. Die Frage ist wie? Trockenschwimmen reicht nicht.

Gute Erfahrungen mit der Juniorwahl 2011

Für die Nutzung des Wahlrechts gibt es handlungsorientierten Projekte. In Bremen ist die Juniorwahl ist seit 2002 erprobt. Das Land nimmt im Vergleich einen Spitzenplatz ein. Mit dem Wahlalter 16 Jahre bei der Bürgerschaftswahl 2011 war für alle Schulen die Anmeldung zur Juniorwahl eine Selbstverständlichkeit, die von Erfolg gekrönt war: Gegen den Trend stieg die Beteiligung der Erstwähler und war ihr Anteil bei den ungültigen Stimmen am geringsten. Für den Landeswahlleiter war »dieser Erfolg das Ergebnis einer intensiven Beschäftigung mit dem Thema Wahlen an den weiterführenden Schulen in Bremen und Bremerhaven. Hier ist vor allem das Projekt ›Juniorwahl‹ zu nennen, (bei der)… rund 580 beteiligte Lehrerinnen und Lehrer das Thema ›Demokratie und Wahlen‹ auf den Stundenplan nahmen… Die Aktivitäten an den Schulen (waren) sicher eine wertvolle Investition in die Zukunft«. Wie sich 2015 zeigen sollte, war dies nicht nachhaltig. Viele Schulen meldeten sich nicht zur Juniorwahl an, etwa 2400 angemeldete Schüler/-innen konnten nicht teilnehmen, weil die Anmeldung nicht umgesetzt wurde. Wie kam es dazu?

Geringe Beteiligung 2015

Die Juniorwahl kostet Geld, eben eine »Investition«: Alle werden mit spezifischen Unterrichtsmaterialien, Stimmzetteln, Wahlunterlagen etc. versorgt. 2011 ging der Aufruf der Behörde im Oktober an die Schulen, 2015 sogar erst im Februar, kurz vor der Wahl. Das war viel zu spät. Klar ist, dass viele nicht mehr eingebunden werden konnten, wenn erst am 08.02.2015 eine »flächendeckende« Umsetzung der Juniorwahl »ab 7. Klasse aller Schularten« empfohlen wurde. Was ist daraus geworden? Die Grünen stellten dazu Fragen. »Die Schulsenatorin lobt zwar die Juniorwahl. Aber um genau draufzuschauen, fehlt dem Ressort dann aber doch die nötige Energie«, überschreibt die taz einen Bericht zur Senatsantwort. Die ist aber nötig: »Flächendeckend ab Klasse 7« haben 10 von 109 Bremer Schulen die Juniorwahl durchgeführt. Darunter sind Förderzentren, Oberschulen, gymnasiale Oberstufen (KSA) und Berufsschulen (Metalltechnik). Die Empfehlung ist also nicht weltfremd. Aus der Senatsantwort und dem Weser-Kurier geht hervor, dass 12.000 Schüler/-innen bei der Juniorwahl »wahlberechtigt« waren, von denen etwa 11.200 ihre Stimmen abgaben (93%). Aber es gibt insgesamt 56.000 Schüler/-innen ab Klasse 7. Es wurden also nur gut 20% erreicht.

Konsequenzen

Ein Vergleich der Zahlen der zur Juniorwahl angemeldeten mit den Schülerzahlen nach Jahr- und Bildungsgängen legt nahe:
1) Jahrgangsstufen: Manche Schulen melden zur Juniorwahl erst ab Klasse 9 an. Aber im wahlberechtigten Alter waren über 70 Achtklässler. Bei einem Wahlalter 16 ist Klasse 9 zu spät. Es ist sinnvoll, der Empfehlung ab Klasse 7 zu folgen.
2) Beteiligte Fächer: Die Juniorwahl wird fast nur dem Fach Politik zugeordnet, das in der GyO aber nur 50% haben. Angesichts der Schwäche der politischen Bildung über das Fach Politik lässt sich das Problem nur lösen, wenn alle Lehrkräfte hier eine Aufgabe sehen; auch bei der Umsetzung der Juniorwahl. Für alle Fächer gilt die Aufgabe der Erziehung zur »Bereitschaft, politische und soziale Verantwortung zu übernehmen« (Schulgesetz §5, 2.1) und die Handlungsorientierung »das als richtig und notwendig Erkannte zu tun« (§5, 3.6).
3) Berufsschulen: An den Berufsschulen gab es bei der Juniorwahl 2044 »Wahlberechtigte«. Bei 25.000 Berufsschüler/-innen sind das nur 8%. Diese Juniorwahlberechtigten dürften die vollschulischen Abteilungen besuchen. Trotz Politik in der Stundentafel, vermute ich, dass von den 17.000 Angehörigen des dualen Systems nur ein minimaler Teil das Bremer Wahlrecht handlungsorientiert kennen lernte. Diese Abstinenz ist gravierend, weil sie vor allem der Altersgruppe 20-25 Jahre angehören. Hier lag die Wahlbeteiligung bei 40%.
Die Gewerkschaften können weder die soziale Spaltung noch Wahlen hinnehmen, die sozial nicht mehr repräsentativ sind, weil die armen und jungen Wähler das Wahlrecht nicht kennen und nutzen. Politische Bildung kann das Problem sicher nicht allein lösen, aber ebenso sicher einen Beitrag zur Lösung leisten. Dem muss sich natürlich die Bremer Politik stellen.

moment mal

Bereicherung

In der Bürgerschaftsdebatte über Leiharbeit und prekäre Beschäftigung, die durch eine Anfrage der Linken zustande kam, äußerten der Staatsrat für Kinder und Bildung und die bildungspolitischen Sprecher von CDU, SPD und Grünen, die Arbeit von Vereinen an den Schulen sei eine »Bereicherung«. Das klingt so, als käme endlich Luft unter die Käseglocke eines von der Gesellschaft abgeschotteten Schulsystems. Auch andere Begriffe, wie »multiprofessionelle Teams« und »Öffnung der Schule« werden missbraucht, um zu beschönigen, worum es sich hier handelt:

Wer wird durch diese Art der Beschäftigung eigentlich bereichert? Zunächst einmal der Arbeitgeber, der die langfristigen Kosten einer Einstellung im öffentlichen Dienst einspart, wie z.B. die betriebliche Altersversorgung. Auch der Kündigungsschutz wird »eingespart«, braucht der Senat doch nur den Vertrag mit dem Verein aufzulösen, um ArbeitnehmerInnen wieder los zu werden, wenn die Kassenlage es nahelegt.

Und noch jemand bereichert sich: die Vermögenden, die durch den niedrigen Spitzensteuersatz und die Steuerschlupflöcher begünstigt werden. Sie freuen sich über einen »schlanken Staat«. Hier trifft immer noch der Kommentar des ehemaligen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion zu: »Nur reiche Leute können sich einen armen Staat leisten.« (Herbert Wehner) j.b.

In-Team

Ruckzuck sind die Ferien vorbei. Für uns ging es diesmal für eine Woche an die Algarve, Sonne tanken. Und siehe da, schon auf dem Bremer Flughafen tauchten die ersten GEWler in der Warteschlange auf, aus Bremerhaven. Viel Warterei, denn in Frankreich streikten die Fluglotsen. Immerhin nach Portugal ging es noch. Alle Flüge nach Spanien fielen aus. Da hat man als Gewerkschafter natürlich Verständnis. Die Kolleginnen von uns, die nach Barcelona wollten und am übernächsten Tag von Hamburg über Brüssel flogen, hatten wieder Pech, denn in Brüssel ging die Bombe hoch. Dafür haben wir Null Verständnis. Und vielen waren die Ferien versaut.

Hoffentlich seid ihr erholt und wohlbehalten!

wm

Redakteurinnen gesucht

Am 24. Mai wird die neue BLZ-Redaktion gewählt. Bisher haben nur Männer Interesse an einer Mitarbeit signalisiert. Das sollte sich ändern! Kolleginnen, die Lust haben, für KollegInnen zu schreiben: Sagt uns Bescheid! Eure Redaktion

Planung

Heft 03/04-2016: LehrerInnenbildung/ Neues Personal an Schulen
Redaktionsschluss: 17. Mai 2016

Bildung – Politik – Gesellschaft

18 Forderungen zur Inklusion

20 Ganztagsgrundschule im sozialen Brennpunkt

22 Bildungsdiagnostik
R. Böhme

23 Landesschultheatertreffen
N. Makhali

24 70 Jahre GEW
J. Burger

26 Kinderschutzbund
G. Thienken

Leiharbeit und prekäre Beschäftigung

7 Vorwort
J. Burger

8 Moderne Tagelöhnerei
W. Pfau

10 Menschen kann man mieten
J. Maly

12 Befristungsbranche Öffentlicher Dienst
K. Krüger

13 Betriebsratwahl Stadtteilschule
K. Krüger

14 Aktionen gegen Leiharbeit
K. Krüger

15 Erfolg an der VHS
H. Kuckero

16 Prekäre Beschäftigung an der Musikschule
C. Janssen

Rubriken

2 Juniorwahl
W. Stein

4 Landesvorstand

27 Gratulationen

28 Buchtipps

30 Frischluft

31 Hinweise

32 Termine

BLZ

März / April 2016
65. (77.) Jahrgang

Impressum:
BLZ Landesverband Bremen der GEW
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen
Tel. 0421-337 64-0
Fax 337 64 30
blz@gew-hb.de
http://www.gew-bremen.de
http://www.gew-bremerhaven.de
Geschäftszeiten:
Mo-Do 8.00-12.30 Uhr
und von 13.00-16.00 Uhr
Fr 8-14 Uhr

Redaktion:
Jürgen Burger
Tel.: 0421-7 11 53
burger@gew-hb.de

Ingrid Emmenecker
Tel./Fax: 0421-70 12 66
ingrid_emmenecker@web.de

Karsten Krüger
Tel.: 0421-794 22 25
kruega@aol.com

Wilfried Meyer
Tel. 0170-295 39 84
wilfmey@t-online.de

»Termine und Hinweise«:
Ferdinand Berghorn
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421-494 03 33
Georg_Berghorn@t-online.de

Mitarbeit:
Jan Ströh
Werner Pfau

Titelblatt:
Dr. Matthias Duderstadt
Tel.: 0421-70 16 92

Korrektur:
Gerhild Fiege

Herausgeber:
Landesverband Bremen der GEW

Verlag:
Geffken & Köllner
Druck- und Verlagsgesellschaft
Sedanstrasse 87/89
28201 Bremen
Tel. 0421-55 70 8-0
Fax 55 70 8-22
ISDN (Leonardo): 55 70 8-21

Anzeigen:
AWB Anzeigen Werbung Berghorn
Loignystr. 27
28211 Bremen
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421- 494 03 33
Mobil: 01 79-706 59 72
Georg_Berghorn@t-online.de
Z.Zt. gültige Anzeigenpreisliste Nr. 16 vom 01.01.2010
Anzeigenschluss:
Am 30. des Vormonats

Der Bezugspreis der Bremer Lehrerzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,-€ zuzüglich Zustellgebühr inkl. Mwst.
Die mit dem Namen der VerfasserInnen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion

Die Ergebnisse der Personalratswahlen

■ Ein insgesamt gutes Ergebnis hat die GEW bei den Personalratswahlen am 9. März erzielt. In den Gesamtpersonalräten Bremen und Bremerhaven konnten sich die Gewerkschafts-Listen mit GEW-Beteiligung jeweils um einen Sitz verbessern. In den Personalräten Schule konnten die GEW-Listen das sehr gute Ergebnis von 2012 mit jeweils einem Sitz weniger nicht ganz halten. In Bremerhaven hatte ver.di mit einer eigenen Liste den einen Sitz erzielt, den die Gewerkschaft auch 2012 mit der gemeinsamen Liste errungen hatte. In Bremen verlor die GEW wegen einer geringen Wahlbeteiligung den bei der letzten Wahl hinzugewonnenen Sitz wieder. In beiden Städten bleibt die GEW aber mit Abstand stärkste Fraktion. An der Universität konnte sich die GEW von vier auf sieben Sitze verbessern.

Bremen: 74,6% für die GEW

74,6% der Stimmen für die GEW-Liste zum PR Schulen sind ein klares Votum für die Fortsetzung unserer Interessenvertretungspolitik. Die GEW erhielt dieses Mal 19 von 25 Sitzen (2012: 20 von 25 Sitzen). Leider konnte die hohe Wahlbeteiligung von 2012 (Beamt*innen 63,9%, Arbeitnehmer*innen 61%) – insbesondere bei den Arbeitnehmer*innen – nicht wieder erreicht werden. In den kommenden vier Jahren wird es daher auch verstärkt darum gehen müssen, die vielen kurzfristigen und prekären Beschäftigungsverhältnisse in »ordentliche« Arbeitsverhältnisse umzuwandeln und gleichzeitig alle Kolleg*innen, die in Schule arbeiten, für die kommenden Wahlen zum Personalrat Schulen zu gewinnen. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Position der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretung gegenüber dem Arbeitgeber! Ein entsprechend hohes Ergebnis für die GEW verbessert die Verhandlungspositionen im politischen Raum.

Wahlen zum PR Schulen:

Liste	Stimmen	Sitze
GEW	3047	19
verdi	358	2
dbb	304	2
VLBS	259	1
S. Dierschauer	118	1
Gesamt	4086	25

Wahl zur Frauenbeauftragten:
Gewählt wurden Johanna Springfeld und als Stellvertreterin Anke Wuthe.

In den Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen wurden folgende GEW-Kandidat*innen gewählt: Petra Kumm, Karsten Krüger, Andrea Köster und Denise Robinson. Insgesamt erreichte die DGB-Liste (GEW, GdP, verdi) 81,9% der gültigen Stimmen und 21 von 25 Sitzen.

Bremerhaven:
Die Beschäftigten in den Schulen der Stadt Bremerhaven vertrauen weiterhin auf eine starke Personalratsvertretung durch die GEW. Bei den Wahlen zum PR Schulen und zum Gesamtpersonalrat konnten die Listen der GEW deutliche Erfolge erzielen. Mit einer Zustimmung von 73,4% bei den Arbeitnehmer*innen und 81,3% bei den Beamt*innen erreichten die GEW Kandidat*innen insgesamt 11 der 15 Sitze im Personalrat Schulen. Die weiteren Sitze gingen an den Beamtenbund (3) und an ver.di.

Wahlen zum PR Schulen:

Beamt*innen		
Wahlbeteiligung: 62,6 %		
GEW	81,30 %	7 Sitze
DBB	18,70 %	2 Sitze
Arbeitnehmer*innen		
Wahlbeteiligung: 61,4 %		
GEW	73,40 %	4 Sitze
Ver.di	15,9 %	1 Sitz
DBB	10,70 %	1 Sitz

Wahl zur Frauenbeauftragten:
Gewählt wurden Margit Kandsorra (Lutherschule), Bettina Münsterberg (SZ Bgm-Smidt/KLA), Nachrückerin: Ursula Fürste (Marktschule).

Personalrat Universität
An der Universität ist die Liste »GEW – Offene Liste Wissenschaft« im Bereich der Arbeitnehmer*innen angetreten. Dort ist es gelungen, das gute Ergebnis aus dem Jahr 2012 mit 22,19 % noch einmal deutlich zu verbessern. Mit 35,74 % der WählerInnenstimmen sind wir nun mit 7 (statt 4) von 21 Sitzen im Personalrat vertreten. Die Wahlbeteiligung stieg im Vergleich zu 2012 von 21, 91% auf 25,42% an.

Wir danken allen Kolleg*innen, die uns im Wahlkampf unterstützt haben, insbesondere allen Kandidat*innen sowie allen Wähler*innen für das Vertrauen. Wir werden versuchen, ihm gerecht zu werden!

Mitgliederversammlung Stadtverband Bremen

Mit Wahl des neuen Vorstandes und der BLZ-Redaktion

Dienstag d. 24.05. um 18.00 Uhr
Oberschule Helgolander Straße
Die diesjährige Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Bremen hat folgende Tagesordnung:

- Eröffnung und Begrüßung
- Bericht des Vorstandes
- Berichte aus den Fachgruppen, Arbeitskreisen und Betriebsgruppen
- Wahl des Stadtverbandsvorstandes
- Wahl der BLZ-Redaktion
- Verschiedenes

Alle Mitglieder des Stadtverbandes sind herzlich eingeladen!
Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Mehr Personal für die Schulen!

Stellungnahme der GEW zum Haushaltsentwurf

■ Unterrichtsausfall: »Durchwursteln« statt Bedarfsdeckung

Die Proteste vor der Bürgerschaftswahl gegen den hohen Unterrichtsausfall und die einhellig festgestellte unzureichend personelle Ausstattung der Inklusion haben bewirkt, dass die neue Landesregierung 200 zusätzliche Lehrkräfte für Bremen und Bremerhaven versprochen hat. Laut Eckwertebeschluss des Senats vom 28.09.2015 sollen 80 davon aus einem »Flexibilisierungskonto« finanziert werden. Das bedeutet, dass sich das Bildungsressort verpflichtet, diese Stellen an anderer Stelle wieder einzusparen. Die 200 Stellen teilen sich laut Eckwertebeschluss des Senats folgendermaßen auf: 105 für die Unterrichtsvertretung, 15 für die Ganztagsschule, 34 für die Mathe-Förderung, 20 für die Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren, 26 für die Inklusion.

Im Ergebnis dieser Beschlüsse wird im Produktplan 21.01 (öffentliche Schulen der Stadtgemeinde Bremen) die Beschäftigtenzielzahl von 4611,2 (2015) auf 4717,7 (2016), d.h. um 106,5 Stellen erhöht. Wie die Zuweisung für Bremerhaven kommunal umgesetzt wird, bleibt abzuwarten.

Statt die Grundausstattung der Schulen zu verbessern, wird die Mehrheit der Stellen für kurzfristige Unterrichtsvertretung vorgesehen. Diese findet in Bremen befristet und in Leiharbeit durch den Verein »Stadtteilschule« statt. Die über 500 eingesetzten Vertretungs- und Vorkurslehrkräfte haben zum großen Teil keine abgeschlossene Ausbildung. Statt dieser Flickschusterei ist dringend ein Ausbau der Lehrer*innenausbildung notwendig. Eine Aufstockung der Ausbildungskapazitäten (mehr Referendare) am Landesinstitut für Schule (LIS) ist jedoch nicht vorgesehen. Im Gegenteil: Dort wird weiterhin gekürzt. Man will sich »durchwursteln« statt Notwendigkeiten abzusichern!

Höchster Inklusionsanteil und eine der schlechtesten Schüler/Lehrer-Relationen: Ein Widerspruch zu Lasten der Schüler*innen und Lehrkräfte.

Der Anteil der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, der inklusiv beschult wird, liegt in Bremen bei 68,5%. Im Bundesdurchschnitt liegt er bei 31,4%. Bremen liegt im Ländervergleich weit vorn. Aber zugleich hat Bremen eine der schlechtesten Schüler/Lehrer-Relationen: Nach der jüngsten im Dezember 2015 erschienenen KMK-Dokumentation Nr. 209 betrug sie 2014 in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen 15,3 Schüler je Lehrer. Im Bundesdurchschnitt betrug sie 14,7. In den beiden anderen Stadtstaaten, die wie Bremen aufgrund ihrer besonderen Bedingungen immer gesondert betrachtet werden müssen, lag sie weit günstiger: Hamburg 14,1 und Berlin 13,8.

Das bedeutet für den Nachholbedarf Bremens mit derzeit 5869 Lehrer*innen (Land):

plus 239 Stellen um den Bundesdurchschnitt (einschl. der Flächenstaaten) zu erreichen;

plus 499 Stellen um das Niveau von Hamburg zu erreichen;

plus 637 Stellen um mit Berlin aufzuschließen.

Bremens mangelhafte Ausstattung der öffentlichen Schulen wirkt sich besonders stark im personalintensiven Bereich der inklusiven Beschulung aus. Die Klassen, in denen inklusiv gearbeitet wird, sind zu groß und es fehlt an sonderpädagogischer Stundenzuweisung. Nach den Erfahrungen der ersten fünf Jahre sind ca. 4 Stunden an sonderpädagogischer Förderung für 10% der Schülerschaft notwendig. Gegenüber dem bisher nach dem Gutachten von Klemm/Preuß-Lausitz angewandten Schlüssel von 3,7 Stunden sonderpädagogischer Förderung für 6.5% der Schülerschaft bedeutet dies allein in der Stadtgemeinde Bremen für die inklusive Beschulung einen Mehrbedarf von 214 Stellen (589 statt 375). Siehe hierzu auch die »Forderungen der GEW Bremen zur Inklusion« (in diesem Heft auf auf S. 18).

Die Flüchtlingsintegration kann nicht warten: Ein Nachtragshaushalt kommt zu spät!

In den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen Bremens werden im Schuljahr 2016/17 nach dem Besuch der Vorkurse über 2500 Kinder und Jugendliche in die regulären Klassen gehen. Für diese Schüler*innen sind ca. 200 zusätzliche Lehrkräfte und ca. 33 Sozialpädagog*innen nötig. Eine entsprechende Berechnung für Bremerhaven hat der dortige Schulausschuss bereits vorgelegt.

Werden diese Fachkräfte nicht eingestellt, verschärft dies die schon jetzt bestehende Unterversorgung der Schulen. Dies ist integrations- und bildungspolitisch nicht zu verantworten!

Der Bremer Senat hat richtigerweise gegenüber dem Sanierungsbeirat in Berlin geltend gemacht, dass die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen besondere Belastungen darstellen, für die der Bund aufkommen muss, und dazu- wenn die Bundesmittel zu gering ausfallen – neue Kredite aufgenommen werden müssen. Aber diese Entscheidung käme für die Schulen zu spät. Die zusätzlichen Lehrkräfte werden im Sommer 2016 gebraucht. Eine diese Stellen frei gebende Haushaltsregelung muss daher im Vorgriff auf die Verhandlungen mit dem Bund greifen!

Diese Stellungnahme wurde auf der Deputationssitzung am 08.04.2016 verteilt. Die Zahlen zum Inklusionsbedarf sind gegenüber der dort verteilten Fassung auf Basis des aktuellen Soll/Ist korrigiert. Die Beschlussfassung über eine »Landeszuweisungsrichtlinie« wurde verschoben. Eine Stellungnahme hierzu erfolgt später.

Produktiv – informativ – entspannt!

GEW-Aktive treffen sich zu einem arbeitsreichen und gut gelaunten Wochenende in Bad Zwischenahn

Katharina Krieger

■ Auf Gewerkschaftstagen und auf Landesvorstandsklausuren beschäftigen wir uns jetzt schon seit geraumer Zeit mit der Weiterentwicklung, der Perspektive, der Zukunft unserer Gewerkschaft.
Der letzte Gewerkschaftstag warf wieder eine Frage auf, von der wir dachten, sie hätte für die GEW Bremen keine Relevanz mehr: nämlich, warum die GEW Bremen so wenig aktive Frauen für verantwortliche Vorstandsarbeit gewinnen und halten kann, warum diese »Jobs« augenscheinlich für Frauen so überhaupt gar nicht attraktiv zu sein scheinen. Da haben wir uns viel vorgenommen…

Am 2. Aprilwochenende (von Freitag bis Sonntag) machten sich nun einige Menschen aus den Stadtverbänden Bremen und Bremerhaven nach Bad Zwischenahn auf, um sich auf diese Problemstellung einzulassen und sich zu einer Zukunftswerkstatt zu treffen. Es sollte sich anders anfühlen als eine gewohnte Klausurtagung, indem sich eben nicht nur die unmittelbar Aktiven, sondern auch deren Kinder und Partner*innen zusammentun. 12 Erwachsene und 10 Kinder verbrachten ein ganzes Wochenende zusammen, auf dem wunderbar entspannt und informativ kreative Arbeitsprozesse in Gang gesetzt wurden. (»Für mich waren meine Mitstreiter*innen und die Natur [in Bad Zwischenahn] eine Inspiration und brachte vor allem den Spaß in die GEW zurück.« Henrik Skov Andersen)

Während sich die Erwachsenen den intensiven Arbeitsphasen widmeten – frei von Hetze und schlechtem Gewissen – konnten auch die (GEW-) Kinder, betreut und bekümmert von einer Erzieherin und einem Gitarrenlehrer aus Bremerhaven, Neues entdecken. (»Ich fand es schön, dass ich Freunde gefunden habe. Meine Eltern konnten in Ruhe arbeiten und alles war super.« Enid, 9 Jahre)

Vielleicht durch die Anwesenheit der Kinder und die dadurch ständige Präsenz einer Privatheit waren die erarbeiteten Ergebnisse im Hinblick auf eine realistische, sich in der Aktualität einzubindende Machbarkeit deutlich erfüllbarer und auch strukturierter als bei »gewöhnlichen« Klausuren. (»Die gelungene Mischung aus gut moderierter Sitzung und informellem Austausch führte dazu, dass ich mit Energie und neuen Ideen entspannt nach Hause fahre.« Elke Suhr)
Wie häufig haben wir zusammengesessen, wo die kreativen Ideen nur so sprudelten, ganze Kampagnenentwürfe entstanden und wir so häufig die Motivation eben nicht in den von Arbeitsverdichtung und Stress geprägten Alltag hinüberretten konnten.
Bei dieser Zukunftswerkstatt haben wir richtungsweisende Verabredungen getroffen, wie unsere vorhandenen Netzwerke, Arbeitsgruppen und Aktive Ressourcen und Kraft sparend diese neu entwickelten Ideen einfließen können. (»Das war eine Tankstelle. Ich fahre mit mehr Energie wieder nach Hause als ich angekommen bin.« Ralf Streibl)

Nach einhelliger Rückmeldung fuhren die Menschen nach Hause und hatten das Gefühl, überschaubare Arbeitspäckchen übernommen zu haben. (»Ein schönes, arbeitsreiches, gut gelauntes Wochenende mit viel Ideen! Los geht's!« Ina von Boetticher)

Schon jetzt wurde verabredet, innerhalb welcher Zeitfenster wir unsere Vorhaben abgleichen, überprüfen und gegebenenfalls weiterentwickeln. Als fester Arbeitstermin wurde der 24. September als Tagesseminar festgelegt. (»Das war ein Highlight der Organisationsentwicklung in entspannter und entspannender und gut strukturierter Arbeitsatmosphäre. Christian Gloede)

Wir freuen uns drauf!

LEIHARBEIT UND PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG

Fast alles, was sich der Bremer Senat an Verbesserungen im Schulbereich anrechnet, ist über Leiharbeit und prekäre Beschäftigung organisiert. Folgende Bereiche fallen hier besonders auf: Die Verlässlichen Grundschule, die Ausweitung der Ganztagsschule, die Minimierung des Unterrichtsausfalls und die persönliche Assistenz.
Dabei sind die drei größten Träger die Stadtteilschule, der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) und der Martinsclub. Sie beschäftigen zusammen mehr als 1000 Personen an den Bremer Schulen. Hinzu kommen die Schulvereine. In der Antwort auf eine Anfrage der Linken in der Stadtbürgerschaft gab der Senat die Zahl der nicht bei der Senatorin für Kinder und Bildung Beschäftigten mit 1180 an. Jede(r) Sechste an den Schulen!

Die Ausdehnung von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung an den Schulen folgt einem gesamtgesellschaftlichen Trend. Die Beschäftigungsstandards wurden abgesenkt, die Gesetzgebung und Rechtsprechung verschlechtert. Die Unterfinanzierung der Bildung als Beitrag zum »Schlanken Staat« trägt ebenfalls dazu bei.
Wir beginnen in unserem Themenschwerpunkt mit den gesellschaftlichen und juristischen Bedingungen. Danach folgen Berichte aus der aktuellen Interessenvertretung. Diese Berichte zeigen auf, welche Möglichkeiten der Gegenwehr es gibt. Und schließlich ist die Schule nicht der einzige Bildungsbereich, in dem es prekäre Beschäftigung gibt: Universität und Weiterbildung sind sogar noch stärker davon betroffen.

Jürgen Burger

Die moderne Tagelöhnerei

Werner Pfau

■ ›Sklavenarbeit‹ so titulierte die IG Metall die Leiharbeit – im Jahre 1992. Solche Aussagen klingen heutzutage seltsam nostalgisch, hat sich das zeitungslesende Publikum doch schon daran gewöhnt, dass Leiharbeit eine eigene Branche geworden ist, deren Beschäftigte in die Hunderttausende gehen.

Nach Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit waren 2015 um die 961 000 Menschen in derartigen Verhältnissen beschäftigt, Tendenz steigend, bei jährlichen Zuwächsen von mehreren Prozent. Die Auswirkungen für die Betroffenen sind kein Geheimnis: Sie arbeiten in der Regel zu schlechteren Konditionen als die Kolleginnen und Kollegen in den Stammbelegschaften, was Gehalt, Arbeitsschutz, Sonderleistungen wie Weihnachtsgeld, Pausenregelungen und ähnliches betrifft. Sie selbst sind beim verleihenden Unternehmen beschäftigt, das an der ›Ausleihe‹ ordentlich verdient. Die Branche klopft sich auf die Schulter – und der Chor neoliberaler Wirtschaftsexperten stimmt ein – dass so zumindest feste Arbeitsplätze in der Zeitarbeit entstünden. Doch zum einen ist das ein schlechter Trost für weniger Lohn und geringere Absicherung. Und zum anderen stimmt es faktisch nicht: Laut Zahlen des DGB sind nur 13% der Beschäftigten länger als ein Jahr bei ›ihrer‹ Zeitarbeitsfirma. Im produzierenden Gewerbe sind die Verweildauern zwar höher, dennoch geht für die Mehrheit der Menschen Leiharbeit mit Existenzunsicherheit einher. Da der gesetzliche Kündigungsschutz erst nach sechs Monaten greift, gilt für nicht wenige, die unterhalb dieser Anstellungsdauer bleiben, das Gesetz von ›Hire and Fire‹.

Für die modernen ›Tagelöhner‹ (DGB) ist es schwer, ein planbares Familien und Arbeitsleben hinzubekommen. Für die modernen Tagelöhnerinnen noch mehr, insbesondere wenn sie alleinerziehend sind.

Werner Pfau
Unterrichtet Deutsch und Geschichte am SZ Rübekamp

Leiharbeit und Outsourcing

Es verwundert nicht, wenn Leiharbeit als ein Element von Outsourcing-Strategien auch gezielt zur Lohnsenkung und zum Abbau arbeitsrechtlicher Schranken eingesetzt wird. Ein Beispiel von vielen: Die Kieler Nachrichten lagerten 2004 ihre Druckerei in eine GmbH aus und liehen sich die Arbeitenden zu deutlich schlechteren Bedingungen wieder zurück. Der Stundenlohn wurde um die Hälfte auf 6 Euro pro Stunde gesenkt, die Nachtzuschläge von 50 auf 25%. Pausenregelungen wurden vermindert. Im Daimler Werk Bremen gab es Anfang 2015 einen »wilden« Streik, weil die Betriebsleitung über das Instrument der Werkverträge Menschen zu niedrigeren Löhnen angestellt hatte und Angehörige der Stammbelegschaft von ihren angestammten auf teilweise schlechtere Positionen in der Produktion versetzen wollte. Den über Werkvertrag Eingestellten wurde unter Tarif gezahlt. Dank Intervention des Betriebsrates wurden diese dann wenigstens in die unterste Lohngruppe eingruppiert, auch wenn sie de facto Tätigkeiten aus höheren Lohngruppen verrichten. Betriebsrat Goldstein rechnete 2015 damit, dass in Zukunft Werkverträge auf dem Niveau des Mindestlohnes angepeilt werden. Bei der Meyer-Werft in Papenburg ist dieser für den Profit erfreuliche Zustand mithilfe von Werkverträgen schon erreicht, wie anlässlich eines Brandes im Wohnheim der aus Rumänien kommenden Arbeitskräfte in die Öffentlichkeit drang.

Leiharbeit historisch

Weitgehend vergessen ist, dass Leiharbeit aus diesen Gründen nicht nur im gewerkschaftlichen Milieu geradezu verpönt war. Was im deutschen Kaiserreich noch eine Normalität darstellte, sah man in den Gewerkschaften, der SPD und auch in Teilen des Zentrums als missbräuchliche Form privater Arbeitsvermittlung. In der Weimarer Republik wurde die Leiharbeit daher rechtlich mit der Arbeitsvermittlung gleichgesetzt und diese 1927 in staatliche Hand übernommen. Leiharbeit war die Ausnahme und blieb es bis in die Sechziger Jahre. Dank eines gewonnenen Prozesses eines schweizerischen Leiharbeitsunternehmens vor dem Bundesverfassungsgericht war sie ab 1967 zwar wieder legal, wurde in ihrer gesetzlichen Neufassung 1972 jedoch auf einen Zeitraum von durchschnittlich drei Monaten begrenzt. Wollte ein Unternehmen die ausgeliehene Arbeitskraft weiter beschäftigen, so musste es ein reguläres Arbeitsverhältnis anbieten. Die Leiharbeit ermöglichte so eine Art von verlängerter Probezeit für die Unternehmen bzw. die vorübergehende Anstellung von Arbeitenden in Phasen ausnahmsweise übergroßer Auslastung der Produktion. Die gesetzliche Befristung sollte andererseits sicherstellen, dass Leiharbeit nicht ›missbraucht‹ wird, um tariflich garantierte Lohnhöhen, Arbeitsbedingungen oder anderweitige Leistungen zu unterlaufen.

Die Freisetzung der Leiharbeit unter Rot-Grün

Seitdem ist bekanntlich viel passiert, vor allem eine umfassende Deregulierung des Arbeitsmarktes, die von der Regierung Kohl nur vorbereitet, von der rot-grünen Koalition unter Schröder dann aber umso durchschlagender umgesetzt wurde, nämlich im Jahr 2004 im Rahmen einer Neufassung des Gesetzes zur Arbeitnehmerüberlassung. Die zeitliche Beschränkung auf drei Monate wurde abgeschafft, mit der offiziellen Begründung, dass so neue Arbeitsplätze entstehen könnten oder zumindest die Verweildauer der Beschäftigten in Arbeit erhöht würde. Eine technokratische Metapher dafür wurde auch geprägt: ›Klebeeffekt‹, weil die Menschen mit der Zeit dann doch beim Unternehmen kleben blieben. Mittlerweile hat sich gezeigt, dass der versprochene ›Klebeeffekt‹ nur in geringem Ausmaß eingetreten ist. Stattdessen ist Leiharbeit zu einer Form der regulären Beschäftigung geworden, die bestehende Tarifstandards unterläuft.

Nichts anderes war zu erwarten, wenn man den Unternehmern dauerhafte Leiharbeit auf dem Silbertablett serviert.

Der Streit um die Neuregelung

Die SPD sieht dies inzwischen offenbar selbst als Fehler, wie sonst ist es zu erklären, dass Andrea Nahles im Zuge der geplanten Neufassung des Gesetzes wieder eine Befristung einführen will, freilich ohne zu der früheren Drei-Monatsregelung zurückzukehren, die offenbar auch für eine Parteilinke des Jahres 2016 nicht mehr zeitgemäß ist. Im Grunde räumt sie damit nur den Dreck weg, den die rot-grüne Vorgängerregierung hinterlassen hat – wäre das Gesetz nicht geändert worden, müssten die Befristung und andere geplante Einschränkungen nicht erst wieder eingeführt werden. Und selbst das tut sie halbherzig, beläuft sich die von ihr vorgeschlagene Höchstgrenze der ›Arbeitnehmerüberlassung‹ doch auf 18 Monate. Natürlich geht der Entwurf den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen von CDU/CSU schon viel zu weit. Und aus dem Unternehmerlager wird bereits der Untergang des Abendlandes ausgerufen, der bekanntlich bei jeglicher Einschränkung unternehmerischer Freiheit droht. Achtzehn Monate zerstörten jede ›Flexibilität‹, heißt es. Da grenzt es ja fast an ein Wunder, dass die deutsche Wirtschaft ihren oftmals beschworenen Aufschwung nach dem Kriege fast ohne Leiharbeit geschafft hat.

Kleine Erinnerung an eine unflexible Zeit

Angefangen hatte alles damit, dass in den Jahren des ›Aufbaus‹ nach dem Zweiten Weltkrieg Wirtschaftswachstum und Beschäftigung weitgehend Hand in Hand gingen. Die deutsche Industrie rationalisierte zwar kräftig, der expandierende Weltmarkt mit seinen neu hinzugekommenen Staaten boomte aber so stark, dass zumindest hinreichend viel neue Arbeitsplätze entstanden, um die eingesparten zu ersetzen und das Zauberwort der Vollbeschäftigung durch die wirtschaftspolitische Debatte geistern zu lassen. Zudem war eine Systemkonkurrenz auszutragen gegen eine DDR, die ihren ›Werktätigen‹ zumindest eine Arbeitsplatzgarantie zu bieten hatte. Die Antwort lautete bekanntlich ›soziale Marktwirtschaft‹ und postulierte die Vereinbarkeit von kapitalistischem Wachstum und sozialer Absicherung, ja sie versprach sogar wachsende Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum auch für die Lohnabhängigen im Maße der steigenden Produktivität der Arbeit.

Das war zwar immer auch ein Stück weit Ideologie – was zum Beispiel alleinerziehende Mütter zu spüren bekamen, oder überhaupt Menschen, die keine lückenlose Erwerbsbiografie aufweisen können. Aber es war auch Realität, denn das internationale Wachstum bot genug Geschäftsgelegenheiten, um eine annähernde Vollbeschäftigung bei gleichzeitiger sozialer Sicherung zu finanzieren. Geschenkt wurde trotzdem nichts, alles musste erkämpft werden.

Die neoliberale Wende

Die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Koalition bedeuteten einen gewaltigen Einschnitt. Offiziell begründet wurden sie mit der seit den Neunzigern gestiegenen Arbeitslosigkeit in Deutschland. Wirtschaftliches Wachstum hatte durchaus stattgefunden, ging aber im Unterschied zu früher nicht mehr mit Schaffung von Arbeitsplätzen einher. Dank der Verlagerung von Arbeit ins Ausland, dem gestiegenen Rationalisierungsgrad, dem Wegbrechen traditioneller Industrien – Stichwort Werften – und anderer Faktoren. Innerhalb der Wirtschaftspolitik von der CDU bis zu den Grünen setzte sich nun eine neoliberale Deutung dieser Entwicklung durch: Das vorher noch gepriesene Modell der Tarifautonomie galt nun als ›starr‹, weil Gewerkschaften und Betriebsräte darüber wachten, dass Mann und Frau vom Lohn leben können, auch im Hinblick auf die zu erwartende Altersrente. Durch niedrigere Löhne – so die Unterstellung – würden neue Arbeitsplätze entstehen, gemäß der Parole ›sozial ist, was Arbeit schafft‹ . Egal, ob diese dauerhaft zum Leben reicht, egal ob sie zu einer halbwegs ausreichenden Rente führt. Und egal ob die bestehenden Lohnniveaus wirklich der Grund für die Verlagerung von Arbeitsplätzen waren. Mit dem Zauberwort ›Globalisierung‹ wurde damals eine Art von schicksalhafter Prozess beschworen: Ein Naturgesetz, wonach Kapital nun einmal in Länder mit niedrigeren Löhnen abzieht. Als ob es keine Politik der weltweiten Marktöffnung gegeben hätte, die dieses ›Naturgesetz‹ erst einmal durchsetzen musste. So ließ sich der Klassenkampf von oben als Reaktion auf einen unhintergehbaren Sachzwang rechtfertigen.

Ein Ergebnis war der staatlich hergestellte Niedriglohnsektor. Ein anderes die Abschaffung jeglicher zeitlicher Beschränkung der Leiharbeit. Wieder ein anderes die zunehmende Praxis des Outsourcings. Was früher vermieden werden sollte, war jetzt erwünscht. Betriebe können auf Leiharbeit zurückgreifen, um die ausgehandelten Tarifverträge zu unterschreiten und so Betriebsrat und Gewerkschaften unter Druck setzen. Wenn die Arbeitsministerin nun davon spricht, es müssten dem ›Missbrauch‹ der ›Leiharbeit‹ Grenzen gesetzt werden, so riecht das nach Schutzbehauptung. Denn vielleicht war das, was jetzt unter Missbrauch fällt, der durchaus gewünschte Gebrauch der Leiharbeit. Für die Zeitarbeitsfirmen, die dadurch ihren Gewinn machen. Für die entleihenden Firmen, die an Lohn und Arbeitsbedingungen drehen können. Und eben auch für die Regierung Schröder, die ja schließlich ›verkrustete Strukturen‹ aufbrechen wollte. Nicht zuletzt für alle heutigen Talkshowgrößen, die die Leiharbeit als Hebel sehen, um den Arbeitsmarkt ›flexibel‹ zu halten. Diese Herrschaften müssen ja auch nicht davon leben, sie haben ihre Professuren, Beraterverträge und für schlechte Zeiten einen Notgroschen in Panama. Es wird Zeit, dass nicht nur die Beschäftigten in der Zeitarbeit sich dagegen wehren, sondern auch die Mitglieder in den regulären Belegschaften, wie es die Kolleginnen und Kollegen im Daimler Werk Bremen versucht haben, wobei sie sich übrigens von der IG Metall-Führung alleingelassen fühlten. Das Problem ist jedenfalls die Leiharbeit selbst, nicht ihr Missbrauch.

Menschen kann man mieten

Arbeitsrechtliche Grundgedanken zur Leiharbeit

Von Jürgen Maly

Jürgen Maly, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Bremen

■ Der Begriff »Leiharbeiter« ist in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder in aller Munde. Sogenannte Leiharbeiter sind immer zuerst betroffen, wenn es einer Branche schlecht geht und Personalabbau durchgeführt wird. Trotz offensiven Marketings ist das Leiharbeitsverhältnis in vielen Bereichen immer noch diskreditiert als Arbeitsverhältnis zweiter Klasse. Die Sehnsucht, zu einer Stammbelegschaft dazuzugehören, bleibt für den Leiharbeiter meist unerfüllbar. Für viele stehen Grundrechte wie die gewerkschaftliche Organisationsmöglichkeit und die gewerkschaftliche gemeinsame Aktion nur auf dem Papier.

Die Situation ist für Frauen und Männer gleich; die rechtliche und tatsächliche Situation unterscheidet sich eher branchenbezogen: In Branchen, in denen es eine große gewerkschaftliche Organisationskraft gibt, geht es auch Leiharbeitern besser.

Das Verbot weicht der Liberalisierung

1967 hat das Bundesverfassungsgericht das Arbeitsvermittlungsmonopol des Arbeitsamtes als mit dem Grundrecht der freien Berufswahl (Artikel 12 GG) nicht vereinbar erklärt. Damit war der Weg für Unternehmen frei, Arbeitnehmerüberlassung zu betreiben. Sie stellen Arbeitnehmer an und vermitteln diese zur Arbeitstätigkeit in sogenannte Entleiherbetriebe.

Juristisch ist der Begriff der Leiharbeit falsch; korrekt wäre der Begriff der Vermietung von Arbeitnehmern. Arbeitnehmerüberlassung erfolgt eben nicht unentgeltlich, wie es das Prinzip der Leihe ist. Hier hat sich gesellschaftlich ein Begriff eingeprägt, der die tatsächlichen Verhältnisse sprachlich und gefühlsmäßig beschönigt. Der Begriff »Mietarbeitnehmer« wäre dann doch zu entlarvend für die tatsächlichen Verhältnisse.

Die Geschichte der Arbeitnehmerüberlassung (ANÜ) seit 1968 ist wechselhaft und von verschiedenen sozialpolitischen und liberalisierenden Gedanken geprägt. An der grundsätzlichen Situation hat sich seit heute nichts Erhebliches verändert. Ohne dass es jemals wissenschaftlich verlässlich nachgewiesen wurde, wird immer mal wieder die Liberalisierung der Leiharbeit als Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beschrieben.

In diesem Rahmen werden dann die Höchstverleihdauer angehoben oder völlig beseitigt oder es werden Ausnahmeregelungen zum Gebot der gleichen Bezahlung wie im Entleihbetrieb definiert. Von dem Gebot der gleichen Bezahlung kann immer dann abgewichen werden, wenn für den Verleihbetrieb ein eigenständiger Tarifvertrag gilt. Dieser Tarifvertrag kann dann von den Tarifbedingungen im Entleihbetrieb abweichen.

Tarifverträge für Zeitarbeit

Für eigenständige ANÜ-Tarifverträge gab es bislang zwei Linien: Zum einen die absolute »Billiglinie« der sogenannten Tarifgemeinschaft der »Christlichen Gewerkschaften«. Dies hat sich mittlerweile erledigt, nachdem das Bundesarbeitsgericht deren Tarifunfähigkeit festgestellt hat. Zum anderen haben die DGB-Gewerkschaften Tarifverträge für Zeitarbeit abgeschlossen; auch diese Tarifverträge unterbieten eine Vielzahl von Branchentarifen massiv. Regulär schließen Gewerkschaften Tarifverträge für ihre Mitglieder ab. Im Bereich der Zeitarbeit ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad aber so niedrig, dass hier schon einmal die Frage gestellt werden darf, ob tatsächlich ein Mitgliedsauftrag zum Abschluss dieser Tarifverträge gegeben ist. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) lässt es dann eben zu, diese Tarifverträge in die Arbeitsverträge einzubeziehen mit der Folge, dass der niedrige ANÜ-Tarifvertrag und nicht der Branchentarifvertrag im Entleihbetrieb gilt.

Eine Ausnahme bei der ANÜ gilt für das Baugewerbe. Dort dürfen Arbeiter nicht verliehen werden. Hier wurde ein extrem hohes Maß an illegaler Leiharbeit festgestellt, das von den staatlichen Behörden nicht mehr kontrollierbar war. Die gesetzliche Einschränkung war die Folge.

Der zahnlose Tiger

Nach dem AÜG und der einschlägigen europäischen Richtlinie soll die ANÜ nur vorübergehend erfolgen. Dies entspricht – jedenfalls so, wie es der Normalverbraucher von Gesetzestexten liest – durchaus einem vernünftigen Gedanken. Es kann ja eben in bestimmten Betrieben einen vorübergehenden Arbeitskräftemehrbedarf geben, zum Beispiel bei Auftragsspitzen. »Vorübergehend« ist jedoch bislang weder im deutschen noch im europäischen Arbeitsrecht mit einer Höchstdauer konkretisiert worden. Juristen haben dann noch die Variante erfunden, dass auch Dauerarbeitsplätze mit ANÜ's besetzt werden können, wenn die einzelnen eingesetzten Leiharbeitnehmer dann nicht dauerhaft, sondern nur für einen begrenzten Zeitraum (»vorübergehend«) tätig werden.

Das ANÜ-Unternehmen benötigt für seine Tätigkeit eine Erlaubnis der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die BA ist auch für Kontrollen und Überwachung zuständig und kann Bußgelder bei bestimmten Ordnungswidrigkeiten aufgrund von Pflichtverletzungen der ANÜ-Unternehmen verhängen. Geahndet werden im wesentlichen formale Fehler; die Vorschriften führen nicht zu einer substantiellen Verbesserung der Situation der ANÜ's. Waren 2012 ca. 800.000 ANÜ's in Deutschland beschäftigt, so stehen dem für 2016 ca. acht Millionen Euro an Bußgeld gegen die Verleihunternehmen gegenüber. Durchschnittlich kam also auf jeden überlassenen Arbeitnehmer eine Bußgeldbelastung von circa zehn Euro. Das ist betriebswirtschaftlich zu vernachlässigen.

In vielen Branchen ist es üblich geworden, dass Stammarbeitsplätze mit ANÜ's besetzt werden. Ein Anteil von bis zu 30 Prozent an ANÜ's an der Gesamtbelegschaft ist oft anzutreffen. Gesetzlich ist es zulässig, dass die ANÜ's bei einem Konzernunternehmen, also zum Bei-

spiel bei einer Tochter- oder Schwestergesellschaft angestellt sind. Sie erhalten dann die deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen (Entgelt usw.). Die Belegschaft wird gespalten. Neueinstellungen erfolgen dann oft nur noch in dem ANÜ-Unternehmen. Diese Vorgehensweise geht durch alle Branchen und macht auch vor öffentlichen Unternehmen zum Beispiel in Bremen nicht halt. Zu verlockend ist die Möglichkeit, gleiche Arbeit für weniger Lohn zu bekommen.

Betriebsverfassungsrechtlich wurde die Situation der ANÜ's zuletzt etwas aufgewertet. Sie haben jetzt die Möglichkeit, den Betriebsrat im Entleihunternehmen mit ihren Problemen aufzusuchen und sind nach drei Monaten Verleih sogar wahlberechtigt zum Betriebsrat des Entleihunternehmens.

Der Tiger bekommt Zähnchen

Bis zur nächsten Bundestagswahl soll das AÜG geändert und eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten eingeführt werden. Nach neun Monaten Überlassung sollen die ANÜ's das gleiche tarifliche Entgelt wie die Stammbelegschaft bekommen. Bei verdeckter Arbeitnehmerüberlassung soll es möglich sein, dass ANÜ's sich bei dem Entleihbetrieb einklagen. Außerdem will der Gesetzgeber schärfere Grenzen zwischen Arbeitnehmern und (Schein-)Selbstständigen einführen. Die betriebsverfassungsrechtliche Situation soll stärker unter Berücksichtigung der im Betrieb vorhandenen ANÜ's ausgestaltet werden.

Diese Verbesserungsvorschläge werden jedoch wohl nur einen geringen Teil der ANÜ's betreffen. Es werden aber immer noch keine Regelungen getroffen, die es wirksam verhindern, dass Stammarbeitsplätze dauerhaft mit ANÜ's besetzt werden. Die Veränderungen treffen darüber hinaus auf eine wirtschaftliche Situation, in der es immer schwieriger wird, Stammarbeitsplätze mit Fachkräften zu besetzen und auch im Bereich der ANÜ's sehr oft nicht mehr genügend Fachkräfte vorhanden sind. Insofern ist davon auszugehen, dass sich sowieso auch ohne diese Veränderungen im AÜG die Situation im Bereich der Stammarbeitsplätze wieder verbessern würde, da die Betriebe schlicht und einfach gute Angebote unterbreiten müssen, um gute Fachkräfte zu erhalten.

Initiativen von Betriebsräten

Zuletzt gab es darüber hinaus insbesondere im Bereich der IG Metall sehr gute Tarifabschlüsse, die dafür sorgten, dass die ANÜ's in den Einsatzbetrieben sogenannte Branchenzuschläge auf den Lohn erhalten. Damit wurde sehr oft die Schere zwischen dem geringen ANÜ-Lohn und dem branchenüblichen Tariflohn weitestgehend geschlossen. Diese Initiativen entsprechen den Kräfteverhältnissen: Die Stammbelegschaften sind viel eher in der Lage, Branchenzuschläge für die ANÜ's zu vereinbaren und damit letztendlich auch deren Lohndrückerfunktion zu beseitigen als die ANÜ's selbst. Die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Organisierung für ANÜ's sind schwierig, weil sie eben in ihrem Stammbetrieb, also dem Verleihunternehmen, gar nicht als organisierte Arbeitnehmerschaft zusammenkommen. So ist es auch zu verstehen, dass es in Verleihunternehmen deutschlandweit praktisch keine Betriebsräte gibt.

Weitere Initiativen gab es von Betriebsräten, die es geschafft haben, im Rahmen von Arbeitsgerichtsverfahren bei der Einstellung von Leiharbeitnehmern Betriebsvereinbarungen abzuschließen, die die Anzahl der Leiharbeitnehmer begrenzen und diesen gegebenenfalls sogar einen Einstellungsanspruch in das Entleihunternehmen gewährleisten. Die Perspektive der Situation der LeiharbeitnehmerInnen ergibt sich insofern aus Aktionen der Gewerkschaften und Betriebsräte in den Entleihbetrieben. Hier sind Ansätze vorhanden, mittelbar die Situation der ANÜ's zu verbessern.

■ Es gibt im Öffentlichen Dienst mittlerweile mehr und längere Befristungen als in der privaten Wirtschaft.

Wer einen sicheren Job will, der geht in den Öffentlichen Dienst. Wer gut verdienen will, geht in die Privatwirtschaft – so war das früher. Einige Arbeitsplätze in der sogenannten freien Wirtschaft sind nach wie vor sehr gut dotiert, aber das Bild vom sicheren Arbeitsplatz im Staats- und Landesdienst stimmt so nicht mehr. Der Öffentliche Dienst ist zur Befristungsbranche schlechthin geworden.

Befristungsbranche Öffentlicher Dienst

Vor allem Berufsanfänger hangeln sich von Job zu Job

Karsten Krüger

Dies ist das alarmierende Ergebnis eines aktuellen Forschungsberichts des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).
Vor allem die Berufsanfänger sind betroffen: Der Anteil der befristeten Neueinstellungen im Öffentlichen Dienst lag 2014 bei 45,2 Prozent, in der Privatwirtschaft nur bei 32,4 Prozent. Die Hälfte der befristet Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ist 25 bis 34 Jahre alt. Besonders schlimm ist die Befristungssituation an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen – der Anteil dort besonders hoch.
Zusätzlich hat sich die Dauer der Befristung in den vergangenen zehn Jahren für die 25- bis 34-Jährigen von 31 auf 58,5 Monate nahezu verdoppelt. Damit sind diese Beschäftigten im Öffentlichen Dienst im Durchschnitt fast fünf Jahre befristet und liegen so dreieinhalb Jahre über der Befristungsdauer in der Privatwirtschaft. Das Ergebnis ist doppelte Planungsunsicherheit. Zum einen haben die jungen Beschäftigten keine nachhaltige Perspektive, zum anderen können die Arbeitgeber, weil sie »flexibel« bleiben wollen, keine langfristige Personalplanung machen.

Die befristeten Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst steigen an

Dabei brauchen die Länder- und Bundesbehörden – auch die Bremer Senatorin für Kinder und Bildung – ab sofort viele Nachwuchskräfte. Bis zum Jahr 2020 werden 17,7 Prozent der jetzigen Beschäftigten in Pension oder in Rente gehen, im Jahr 2030 werden im Vergleich zu heute sogar fast die Hälfte der derzeit Beschäftigten ausgeschieden sein.
Seit 1991 ist nach Gewerkschaftsangaben die Zahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst von 6,74 auf 4,65 Millionen zurückgegangen. Laut OECD liegt Deutschland damit weit hinten. Nur 10,6 Prozent aller Beschäftigten von Flensburg bis Berchtesgarden arbeiten bei den Behörden. Der OECD-Schnitt liegt bei 15,5 Prozent.
Dennoch verhalten sich der Staat und die Länder kontraproduktiv und befristen massiv weiter. Gutes qualifiziertes Personal bekommt man so nicht oder nicht ausreichend. Der Öffentliche Dienst hat auch deshalb zuletzt stark an Attraktivität verloren.
Zudem sind die Chancen auf eine Übernahme nach der Befristungszeit im Öffentlichen Dienst geringer als in der Privatwirtschaft. 2014 wurden in den Unternehmen 41,5 Prozent der Befristeten übernommen, in den Behörden waren es nur 32 Prozent. Die Befristungspraxis wird so immer mehr zu einem Problem für Beschäftigte und Gemeinwesen.

Der IAB-Bericht spricht von einer »dreifachen Segmentierung« der Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst: »Erstens die Segmentierung in Beamte und Arbeitnehmer, zweitens die in befristet und unbefristet Beschäftigte, wobei überwiegend Arbeitnehmer befristet beschäftigt werden, und drittens die Segmentierung nach Alter. Letztlich sind es die jungen Arbeitnehmer, die befristet beschäftigt werden.«
Besonders problematisch sei der rasante Anstieg im Bereich der sachgrundlosen Befristungen. Bereits seit 1985 besteht in der alten Bundesrepublik die Möglichkeit, Beschäftigte mit einem befristeten Vertrag auszustatten – ohne dafür einen Grund zu nennen. Als Befristungen mit Sachgrund gelten beispielsweise Schwangerschafts- oder Elternzeitvertretungen. Die GEW und andere Gewerkschaften fordern seit langem, sachgrundlose Befristungen wieder abzuschaffen. Staat und Länder stellen jedoch auf stur – unter anderem mit Verweis auf die angeblich unklare Datenlage. Mit der IAB-Studie haben die Gewerkschaften nun viele gute Argumente dafür, einen neuen Anlauf zu nehmen. Denn im Öffentlichen Dienst gab es 2004 für 17,5 Prozent aller Befristungen keinen sachlichen Grund, 2013 waren es bereits 35,7 Prozent. Ersatzbedarf ist dabei in weniger als der Hälfte der Fälle der Grund für die Befristung. Oft liegt es an fehlenden Finanzmitteln.

Betriebsratslose Zeit geht zu Ende

Die Stadtteil-Schule bekommt im Juni erstmals eine eigene Interessenvertretung

Karsten Krüger

Die Geschäftsstelle der Stadtteil-Schule zieht um von der Elsflether Str. an die Schlachte

■ Eine Gruppe von engagierte ArbeitnehmerInnen der Stadtteil-Schule haben mit Hilfe der GEW Bremen die ersten Schritte zur Bildung des ArbeitnehmerInnen-Gremiums eingeleitet. Die mehr als 500 Beschäftigten werden im Sommer eine Interessenvertretung bekommen. Geplant ist die Wahl des Betriebsrates in der Woche nach den Sommerferien. Dann haben KollegInnen endlich die Möglichkeit, sich direkt bei Fragen zu ihrem Arbeitsverhältnis, zu ihrem Arbeitsplatz oder ihrem Arbeitgeber unterstützen zu lassen.

Geschäftsführung will kooperieren

Die Geschäftsführung der Stadtteil-Schule hat bei ersten Gesprächen versichert, dass sie den Weg zum neuen Betriebsrat »kooperativ begleiten wird«. Geschäftsführer Heinz-Gerd Korte sieht keine »unbedingte Notwendigkeit für eine Interessenvertretung und kaum Probleme innerhalb der Belegschaft«, sagte aber auch: »Wenn der Wunsch nach einem Betriebsrat und die Rechtsgrundlage dafür besteht, dann braucht die Geschäftsführung nicht zickig zu reagieren.«

Kritische Prüfung der Arbeitsbedingungen

Dass es kaum Probleme bei ihrem Arbeitgeber gibt, kann Barabara Schüll nicht bestätigen. Sie arbeitet seit 14 Jahren für die Stadtteil-Schule als Vorkursleiterin. Derzeit unterrichtet sie an der Grundschule am Halmer Weg. Sie hält es für notwendig, dass es eine Interessenvertretung für die Beschäftigten gibt. »Wir brauchen einen engagierten Betriebsrat, der nicht nur bei Einstellungen aktiv ist, sondern auch die Arbeitsbedingungen kritisch prüft und Verbesserungen mit auf den Weg bringt. Die Stadtteil-Schule könnte sich so zu einem attraktiveren Arbeitgeber entwickeln und nicht nur als Warteschleife für die Übernahme in den öffentlichen Dienst fungieren.« Wichtig ist ihr auch, dass mit dem Betriebsrat die Möglichkeit auf die Entwicklung eines Betriebsklimas besteht. »Meine KollegInnen aus den Alphabetisierungskursen haben mir berichtet, dass in den Vorklassen sehr stark differenziert werden muss, um allen SchülerInnen gerecht zu werden. Das ist sehr anstrengend und geht schnell auf die Gesundheit. Vorsorge in diesem Bereich deckt die Geschäftsführung nicht ab«, so Schüll.
Ihre Kollegin Mariam Leithe-Akhazan unterrichtet an der Oberschule Findorff neu nach Bremen gekommene Kinder und Jugendliche. Auch sie freut sich über die aktuelle Entwicklung. »Gut, dass ein Betriebsrat entsteht, dass alles in trockene Tücher kommt. Es ist wichtig, dass wir Vertrauenspersonen bekommen, die zwischen dem Chef und den MitarbeiterInnen vermitteln können. Und bei denen wir um Rat fragen können.«

Instrument zur Einsparung von Personalkosten

Die Stadtteil-Schule macht seit mehreren Jahrzehnten Angebote für leserechtschreibschwache und rechenschwache Kinder, aber vor allem soll sie einen Teil der Krankenvertretung für das Bildungsressort organisieren – so der offizielle Aufgabenschwerpunkt. Mittlerweile stellt sie aber bereits zirka zehn Prozent der Lehrkräfte an den Schulen der Stadt. Und die Personalkosten für diese KollegInnen sind im Vergleich zu den Lehrkräften bei der Senatorin für Kinder und Bildung wesentlich niedriger. Die MitarbeiterInnen der Stadtteil-Schule klagen insgesamt über ungünstigere Arbeitsbedingungen. Viele ärgern sich, dass sie unter prekären Verhältnissen arbeiten müssen – oft befristet oder als LeiharbeiterInnen. Genau das kritisiert auch die GEW Bremen und der Personalrat Schulen, der nur bei wenigen Fragen, die die Stadtteil-Schule betreffen, in der Mitbestimmung ist.

Betriebsversammlung im Mai

Christian Gloede, Vorstandssprecher bei der GEW Bremen, ist sehr zufrieden, dass die Initiative, einen Betriebsrat zu bilden, jetzt konkret geworden ist. »Wir haben uns mit der Geschäftsführung, mit Herrn Korte und seiner Stellvertreterin Sabine Friedrich verständigt, dass alle Beschäftigten der Stadtteilschule zu einer Betriebsversammlung am 09. Mai eingeladen werden. Dort wird dann auch der Wahlvorstand für Betriebsratswahl bestimmt.« Nach der Betriebsratswahl haben die Beschäftigten dann erstmals die Chance, die Rahmenbedingungen ihrer Arbeitsplätze aktiv mit zu gestalten.
Alle ArbeitnehmerInnen treffen sich um 15:00 Uhr im Bürgerhaus Vahr.

Der lange Kampf gegen prekäre Beschäftigung

Der Personalrat Schulen versucht mit vielfältigen Aktionen Leiharbeit zu stoppen

Karsten Krüger

■ Die Arbeitnehmerkammer hat Anfang April Alarm geschlagen: Das größte Problem im Arbeitsmarkt Bremen/Bremerhaven ist die hohe Zahl an Leiharbeitern. Im Vergleich der Bundesländer liegt Bremen im Bereich der Branche »Arbeitnehmerüberlassung« – leider – ganz vorne.

Obwohl das Mercedes-Benz-Werk gerade die Verträge von 250 Leiharbeitern in unbefristete umgewandelt hat, gilt: Mittlerweile wird jede dritte neue Stelle in Bremen und Bremerhaven mit Menschen besetzt, die bei Zeitarbeitsfirmen beschäftigt sind.

Natürlich ist auch der Öffentliche Dienst und damit auch die Schulen betroffen. Aber obwohl – vor allem in der Flüchtlingsbeschulung – neue Lehrkräfte nötig sind, wird nur unzureichend eingestellt. Und die neu Eingestellten bekommen entweder in der Regel befristete Verträge und/oder sie werden in personalkostensenkender Leiharbeit bei der Stadtteil-Schule beschäftigt. Mehr als 500 Angestellte sind dort mittlerweile registriert. Daneben tummeln sich auf dem grauen »Schul-Arbeitsmarkt« diverse Schulvereine als Arbeitgeber und andere sogenannte freie Träger wie zum Beispiel der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB). Seit ungefähr 20 Jahren wird immer mehr Personal an den Bremer Schulen nicht direkt von der Bildungsbehörde bezahlt und eingestellt.

»Stop« – fordert die Personalräteversammlung auch bei Leiharbeit

Was ist zu tun, um diesen negativen Trend in Sachen schlechte Arbeitsverhältnisse zu stoppen bzw. abzumildern?

Der Personalrat Schulen in Bremen und auch die Interessenvertretung in Bremerhaven haben in den vergangenen Jahren mit vielfältigen Aktionen versucht, prekäre Beschäftigungsformen zu verhindern. Die Anzahl der Schulvereine als Arbeitgeber ist zwar zuletzt auf etwa 20 gesunken, aber die Beschäftigten sind meist nur zu anderen Trägern gewechselt. Der Beschluss der Personalversammlung im vergangenen Jahr und das Ziel der Interessenvertretungen ist weiterhin nicht umgesetzt – und zwar die Übernahme aller Beschäftigten an Schulen bei der Senatorin für Kinder und Bildung. Prekäre Arbeitsverhältnisse bleiben an der Tagesordnung. Sie sind weiter fester Bestandteil an Schulen. Die Situation in Bremerhaven ist im Vergleich entspannter. Dort gibt es keine so ausdifferenzierte Arbeitgeberlandschaft im Bildungsbereich. Die Quote von Beschäftigten, die direkt beim Magistrat angestellt sind, ist wesentlich größer, auch ein »Nebenarbeitgeber« wie die Stadtteil-Schule existiert in der Seestadt nicht. Der Personaltrat Schulen Bremerhaven hat ein Ende der Honorarverträge erreicht, die bisher über den Schulunterstützungsverein liefen.

Im Frühjahr 2015 wurden der damaligen Bildungssenatorin Eva Quante-Brandt mehr als 2000 Unterschriften gegen Leiharbeit an Schulen übergeben (»Gleiche Rechte und gleiche Bedingungen für alle Beschäftigten an Schulen«). Darin enthalten die Forderung auf einen sofortigen Verzicht auf Neueinstellungen in diesem Bereich.

Zudem laufen seit einiger Zeit juristische Auseinandersetzungen um möglicherweise illegale Leiharbeitsverhältnisse. Die Verfahren dauern lange und kosten viel Geld. GEW und Personalrat bieten der Bildungssenatorin weiterhin Gespräche zu einem Fahrplan für die komplette Abschaffung der Leiharbeit an. Irmgard Obersehlte, Sprecherin der Arbeitsgruppe Leiharbeit beim Personalrat Schulen, ärgert sich zudem über die hohen Kosten: »Jeder Schulverein, der noch als Arbeitgeber fungiert, muss pro Jahr 1000 Euro bezahlen – allein für die Erlaubnis, Arbeitnehmerüberlassung zu betreiben.« Auch deshalb bleibt ihre Forderung nach Übernahme der 109 Schulverein-Angestellten (66 Vollzeitstellen) zur Bildungsbehörde bestehen.

Erfolg für Bremer VHS-DozentInnen!

Aktiv gegen prekäre Beschäftigung

Hajo Kuckero

■ Bereits im vergangenen Herbst wurde in der BLZ über die prekären Beschäftigungsbedingungen der mehr als900 »freien« Lehrkräfte an der Bremer Volkshochschule berichtet. Kurz gesagt, der Arbeitgeber/ Auftraggeber VHS leistet:

0 % soziale Absicherung für Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit
0 % bezahlten Urlaub
0% Verdienst bei Krankheit, Feiertagen, Ferien, Kursausfall
0% Arbeitsplatzsicherheit bei nur kursbezogenen Honorarverträgen.
Und das bei einem Honorar von 19 Euro pro Unterrichtsstunde.
Unter Berücksichtigung von für Lehrkräfte üblichen Vor- und Nachbereitungszeiten (1 U-Stunde = ca. 1,5 Zeitstunden) und der fehlenden Arbeitgeberleistungen (ca. 20% Sozialversicherung + ca. 15%-20% Urlaub, Krankheit, Feiertage) ergäbe sich für normale Arbeitnehmer ein Bruttolohn pro Zeitstunde von um die acht Euro – also noch unter dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn. Für Lehrtätigkeit.
Das ist für die DozentInnen der Bremer VHS nicht zumutbar.

Daher hat sich der gewählte Kursleiterrat der Bremer VHS schon seit längerem mit besonderer Unterstützung der GEW (u. a. Postkartenaktion) insbesondere für ein höheres Kursleiter-Honorar eingesetzt. Dies wurde von der Vollversammlung der VHS-KursleiterInnen im Februar noch einmal ausdrücklich unterstützt und darüber hinaus eine soziale Absicherung gefordert.

Erster Erfolg: Honorarerhöhung

Jetzt hat der Betriebsausschuss der Bremer Volkshochschule auf Vorschlag der VHS-Leitung eine neue Honorarordnung beschlossen, die Honorarerhöhungen von mindestens 1,50 Euro (teilweise 3 Euro) für die DozentInnen vorsieht – wenn auch erst ab 1. September 2016. Das ist zwar nur ein Inflationsausgleich seit der letzten Erhöhung 2010, aber ein erster und spürbarer Erfolg für die KollegInnen und ihre Interessenvertretung, den Bremer VHS-Kursleiterrat. Darüber hinaus hat der Kursleiterrat im Betriebsausschuss und bei politischen Gesprächen deutlich gemacht, dass weitere Verbesserungen für die Bremer VHS-DozentInnen dringend erforderlich sind. Dies wurde von den Mitgliedern des Betriebsausschusses grundsätzlich anerkannt und allgemein auch eine zukünftig jährliche Honorarüberprüfung befürwortet. Was im Tarifbereich (auch der VHS) selbstverständlich ist, muss im Bereich der Honorarkräfte erst erstritten werden.

Wie weiter?

Jetzt gilt es, für weitere, regelmäßige Honorarerhöhungen und soziale Verbesserungen zu kämpfen und sie durchzusetzen. Dazu muss gesagt werden, dass die jetzige Honorarerhöhung aus »Bordmitteln« der Bremer VHS bestritten werden muss, weil die Stadtgemeinde Bremen als Trägerin bisher »keinen Cent dazugezahlt« hat. Das bedeutet, dass die für die Honorarerhöhung notwendigen Mittel von den wenigen festen MitarbeiterInnen der Bremer VHS in ihren Etats (und möglicherweise bei ihren Stellen) »eingespart« und erwirtschaftet werden müssen. Es wäre ein politischer Skandal, wenn sich die Stadtgemeinde und die Bürgerschaft ihrer politischen Verantwortung für die Arbeit der Volkshochschule und die Beschäftigungsbedingungen der »freien« VHS-DozentInnen entziehen würden.
Dazu erklärt der Kursleiterrat der Bremer VHS:

»Entsprechend dem Auftrag der Bremer Verfassung und der staatlichen Daseinsvorsorge müssen öffentliche Gelder für die Arbeit der Bremer VHS und die notwendige deutliche Erhöhung der VHS-Honorare bereitgestellt werden. Schließlich ist die Bremer Volkshochschule eine Einrichtung im kommunalen Auftrag. Dies würde auch dem Geist und dem Ziel der von Bürgermeister und Senatorin für Finanzen unterschriebenen »Bremer Erklärung für faire Beschäftigungsbedingungen im Bereich des bremischen öffentlichen Dienstes« entsprechen.«

Der Kursleiterrat wird sich weiter für die berechtigten Forderungen der Vollversammlung der VHS-KursleiterInnen nach einem Honorar von mindestens 30 Euro und sozialer Absicherung einsetzen und die politisch Zuständigen für regelmäßige, schrittweise Verbesserungen in die Verantwortung nehmen. Dabei wird er sicher nicht nur die aktive Unterstützung der betroffenen KollegInnen, sondern auch der Gewerkschaft, der Personalräte und der Öffentlichkeit erhalten! Prekäre Beschäftigungsbedingungen in »Randbereichen« werden sonst auf Dauer auch zu Verschlechterungen der Beschäfigungsbedingungen in den jetzt noch relativ sicheren Kernbereichen führen.

Hajo Kuckero,
Mitglied des Kursleiterrates der Bremer Volkshochschule
Email: klrat@web.de

Prekäre Beschäftigung an der Musikschule Bremen

Situation der Honorarkräfte ist unbefriedigend

Christian Janssen

Christian Janssen, Mitglied der Arbeitsgruppe Honorarlehrkräfte an Musikschule Bremen

■ Wir Honorarkräfte der Musikschule Bremen fordern eine deutliche Honorarerhöhung bzw. auf Wunsch eine Eingruppierung in den öffentlichen Dienst. Seit einer kleinen Honorarerhöhung bei der Umstellung auf den Euro im Jahr 2002 sind die Honorare gleich geblieben und haben keine Tariferhöhung des öffentlichen Dienstes mitvollzogen oder die Inflation berücksichtigt.
Seit 2002 beträgt das Honorar für 45 Minuten Einzelunterricht 20 Euro. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Inflation von 1,6% müsste es 2016 rund 25 Euro betragen. Die Unterrichtsgebühren sind in derselben Zeit um etwa 10% gestiegen. Das hat zur Folge, dass wir immer mehr arbeiten müssen, um die gleiche Kaufkraft zu behalten. Die Arbeit wird verdichtet, die Motivation, sich um den einzelnen Schüler zu kümmern, wird erschwert.
Die Teilnahme an Schülerkonzerten, »Jugend Musiziert«, Fachbereichsprojekten, Konferenzen ist wichtig, aber zeitlich kaum möglich.
Die Arbeit und Außendarstellung der ganzen Musikschule leidet.
Eigene künstlerische Projekte und Weiterentwicklungen kommen zu kurz. Sie können nicht mehr auf den Unterricht ausstrahlen. Schüler wollen ihren Lehrer auch mal auf der Bühne erleben. Der Beruf des Musikers oder Musiklehrers kann nicht mehr vorbildlich dargestellt werden, die Nachwuchsgewinnung ist so gefährdet. Welcher junge Mensch will unter solchen Bedingungen noch Musiker werden?

Was bedeutet die »Bremer Erklärung für faire Beschäftigungsbedingungen« für uns?

»Punkt 4: Allgemein faire Arbeitsbedingungen als Zeichen von Wertschätzung der Arbeit sind für die im Bereich des bremischen öffentlichen Dienstes eingesetzten Beschäftigten unabhängig von ihrer konkreten Dienststelle notwendig. Faire Arbeitsbedingungen sollen für die Beschäftigten ein »Auskommen mit dem Einkommen«, soziale Absicherung und Zukunftsperspektiven im Beruf und Alter sicherstellen.«
Aber wie ist es bei uns Honorarkräften an der Musikschule?
Im Krankheitsfall bekommen wir kein Geld, die Altersvorsorge wird die Grundsicherung nicht übersteigen (Hartz IV). Die Kaufkraft sinkt ständig (siehe oben). Gegenüber Festangestellten müssten wir also einen erheblichen Risikozuschlag erhalten, um uns sozial absichern zu können. Auch bei Bankgeschäften (kein kostenloses Girokonto, keine Kredite usw.) und Versicherungen müssen wir mehr Geld aufwenden. Bei der Wohnungssuche merken wir, dass der Abschluss eines Mietvertrages für einen Freiberufler mit niedrigem Einkommen ebenfalls schwierig ist.
Für die gleiche Arbeit muss es den gleichen Lohn geben. Wir leisten die gleiche Arbeit wie die Festangestellten, machen jahrelang und termingebunden unseren Unterricht, übernehmen teilweise noch Organisationsaufgaben und fangen keineswegs nur die Spitzen des Arbeitsaufkommens ab.
Da wir unser Honorar auch nicht verhandeln können, fragt es sich, ob wir nicht scheinselbständig sind.

»Punkt 5: Wertschätzung und faire Arbeitsbedingungen sind ein wichtiger Aspekt für die Motivation der Beschäftigten für gute Arbeit und die notwendige qualifizierte Nachwuchsgewinnung. Nur so kann auf Dauer gute Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger – auch unter schwierigen Bedingungen – ermöglicht werden.«
(Das ist für die Honorarkräfte auf derzeitiger Basis nicht möglich (s. o. Auswirkungen).
»Im Bereich des bremischen öffentlichen Dienstes solle es im Arbeitnehmerbereich grundsätzlich für alle Beschäftigten sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse geben,
- die geringfügige Beschäftigung nur im Ausnahmefall vorsehen,
- die auf Wunsch der/ des Beschäftigten in der Regel eine Vollzeitbeschäftigung ermöglichen, …«
An der Musikschule gibt es etwa 100 Honorarkräfte und 50 Festangestellte von denen nur zwei eine volle Stelle haben. Es ist also grundsätzlich umgekehrt wie gefordert. In Niedersachsen wurden alle Honorarkräfte, die an öffentlichen Schulen arbeiten, tariflich eingruppiert. Es ist also möglich.

Private Akutklinik für Psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen
SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!
Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen erfolgreichen und umfassenden psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Zwänge, Essstörungen, Erschöpfungssyndrom („Burn-Out"), Tinnitus
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe
Infos unter Telefon 02861/8000-0
Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**
Fax 02861/8000-89 • **www.schlossklinik.de** • info@schlossklinik.de

Literatur-Workshops als »Ehrenamt«

Die prekäre Situation von freiberuflichen Autoren

Rudolph Bauer

■ Ende Januar 2016 hat der Förderverein Bremer Literaturkontor e.V. eine Rundmail an seine Mitglieder verschickt und darin mitgeteilt, er suche »für Literaturworkshops in Bremer Schulen Autorinnen und Autoren, die sich vorstellen können, die Grundlagen des kreativen Schreibens ehrenamtlich an Schüler/innen weiter zu geben«. Der Ausschreibungstext im Anhang der Rundmail enthielt weitere Details. Es heißt dort: »Dabei ist ein regelmäßiger Turnus (einmal wöchentlich/14-tägig) in den jeweiligen Schulen geplant. Die Workshops erstrecken sich über ein Schulhalbjahr. Projektstart ist zu Beginn des Schuljahres 2016/17 geplant.«

Verband protestiert

Vom Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller (VS) wurde dagegen Protest erhoben. Das Ansinnen des Literaturkontors sei entschieden abzulehnen. Aus Sicht des VS könne es nicht angehen, dass bremische Schriftsteller/innen als Ersatz-Lehrer/innen instrumentalisiert werden und ihre Leistungen zum Nulltarif abrufbar sind. Dies widerspreche auch der Kollegialität mit den Lehrerinnen und Lehrern, die in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft organisiert sind. Die Mitglieder des VS wurden aufgefordert, sich für das Projekt nicht zur Verfügung zu stellen, solange es dem Literaturkontor nicht möglich ist, ein Honorar bereit zu stellen, das den Konditionen von Schullesungen entspricht.

»Arbeit hat ihren Preis«

Dieses Beispiel ist nur eines von vielen, dass »Ehrenamtlichkeit« vorgeschoben wird, um einerseits die angespannte Personalsituation an den Schulen zu kompensieren, d. h. keine bezahlten Fachkräfte einstellen zu müssen. Andererseits werden Schriftstellerinnen und Schriftsteller durch das Ehrenamtsangebot dazu verlockt, der ihrer gewerkschaftlichen Forderung untreu zu werden, die da lautet: »Würde hat ihren Wert, Arbeit hat ihren Preis« (Aufschrift an der Fassade der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin).

Lage hat sich verschärft

Die Schriftstellerei ist – ebenso wie das Übersetzen von Literatur – ein Handwerk, dessen Frauen und Männer zum Großteil aus eigener Erfahrung wissen, was eine prekäre Existenz bedeutet. Eine in der Zwischenzeit nicht mehr ganz aktuelle, aber immer noch lesenswerte Studie »Zur Sozialposition und Netzwerkstruktur von Schriftstellern« kommt zu dem Ergebnis, dass es sich bei Autorinnen und Autoren »um eine ökonomisch, ästhetisch und sozial instabile Position handelt«. Heute hat sich die Lage der Schreibenden noch weiter verschärft, weil die immer weniger (Groß-)Verlage immer mächtiger wurden und ihre Honorare immer geringer. Zunehmend mehr (Klein-)Verlage gehen dazu über, die bei ihnen erscheinenden Bücher nur gegen Vorauszahlung von Druckkostenzuschüssen in ihr Programm aufzunehmen.

Die Forscher der erwähnten Studie unterscheiden vier Subgruppen: Elite (d. h. bekannte, meist schon etwas ältere Bestseller-Autor/inn/en, die es »geschafft« haben), Nachwuchselite (anerkannte junge Autor/inn/en, deren Einkommen durchschnittlich zu 40 Prozent aus literarischer Tätigkeit stammt), Peripherie (Autor/inn/en, die vom Schreiben allein nicht leben können) und etablierte Peripherie (solche, die als Schreibende einigermaßen bzw. recht und schlecht über die Runden kommen; sie schreiben zu 61 Prozent Mund-art- oder Unterhaltungsliteratur und beziehen durchschnittlich nur 29 Prozent ihres Einkommens aus literarischer Tätigkeit).

Vier Subgruppen

Bei den »armen Poeten« der Peripherie, aber auch bei denen der Nachwuchselite und der etablierten Peripherie handelt es um den Großteil derjenigen literarisch Schreibenden, die von ihrer schriftstellerischen Tätigkeit meist nicht oder jedenfalls nicht angemessen leben können. Entweder müssen sie ihr Einkommen durch Jobs und Nebenjobs aufstocken, oder sie sind ökonomisch abhängig von Eltern, Partner/inne/n oder Freunden. Die Studie kommt zu dem Ergebnis: »Prekär könnte man die Position der Autoren der Peripherie bezeichnen. Hier befinden sich immerhin über 50 % (der in die Untersuchung einbezogenen Schriftsteller; R. B.) … Unbeachtet von der Elite, wenig vertraut miteinander und auch am geringsten gefördert von den kulturellen Institutionen, ist die ökonomische Situation dieser Autoren am schlechtesten.«

Abhängigkeit

Die massive Abhängigkeit dieser Autor/inn/en von institutioneller Förderung (Lesehonorare, bezahlte Workshops, Ausschreibungen, Preise etc.) macht sie anfällig für unhonorierte Angebote von Förderorganisationen wie dem Bremer Literaturkontor e. V.: Durch »ehrenamtliches« Sich-Einbringen erhoffen sie sich eine Chance (wenn auch nur eine sehr geringe), als förderungswürdig erkannt und irgendwann auch anerkannt zu werden.

Rudolph Bauer, Mitglied im Vorstand der ver.di-Fachgruppe Literatur, Landesbezirk Niedersachsen und Bremen des Verbandes deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller

Die BLZ im Internet

Auf der Homepage der GEW Bremen kann direkt auf der Startseite der Schriftzug BLZ angeklickt werden.

Viele gekürzte Artikel sind hier in ungekürzter Form nachzulesen.

■ Inklusive Pädagogik ist Allgemeine Pädagogik und damit Aufgabe aller Beteiligten. Sie fördert alle Kinder und Jugendliche umfassend in ihrer Entwicklung, um ihnen eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am Bildungssystem und im gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Inklusion ist ein fortlaufender Prozess. Insofern sind auch die Positionen und Forderungen dieser Stellungnahme Ergebnis unserer Erfahrungen mit der bisherigen, durchaus vielfältigen Praxis.

Forderungen der GEW zur Inklusion in Bremer Schulen

Gemäß § 3 Abs. 4 BremSchulG (2009) haben Schulen im Bundesland Bremen den Auftrag, sich zu inklusiven Schulen zu entwickeln. »Die Schule hat der Ausgrenzung von jungen Menschen mit Behinderungen entgegenzuwirken. Sie soll Beeinträchtigungen in der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen durch geeignete Maßnahmen vorbeugen sowie Auswirkungen von Behinderungen *mindern und ausgleichen*…« (§ 4 (5)) (Hervorhebungen durch die Verfasser).

Bremen ist ein Bundesland, das im Vergleich zu anderen Bundesländern große soziale und räumliche Disparitäten aufweist. Hier leben sehr viele Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Armut, darunter besonders viele Kinder und Jugendliche (siehe Armutsberichte Bremen der vergangenen Jahre). Dies macht besondere bildungspolitische Anstrengungen notwendig, um die ungleichen Bildungschancen zu kompensieren.

Das 2-Säulenmodell und die steigende Anwahl von Privatschulen zementieren aber die sozialen Ungleichheiten. So wird der Auftrag der Inklusion in der Sekundarstufe faktisch nur den Oberschulen übertragen, einzelne Gymnasien kooperieren lediglich mit Klassen des W- und E-Bereichs.

Der Inklusionsauftrag an die Schulen verlangt derzeit von den Beschäftigten, einen weitreichenden Reformprozess umzusetzen trotz struktureller Unterversorgung im Hinblick auf personelle, fachliche, sächliche und räumliche Ressourcen. Inklusion kann aber nur gelingen, wenn Politik und Behörden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass den Schulen sowohl im Regelbereich als auch in der sonderpädagogischen Ausstattung entsprechend den realen Bedarfen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Inklusion darf nicht unter Haushaltsvorbehalt gestellt werden.

Insbesondere der Primarbereich ist hinsichtlich der tatsächlichen Bedarfe so gering ausgestattet, dass die Ressourcen sowohl für die sonderpädagogische Förderung als auch für präventives Arbeiten nicht ausreichen.

Im Bundesland Bremen wird weiterhin in Hinsicht auf Bedarf und Stundenzuweisung zwischen Kindern mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und Verhalten auf der einen Seite und Kindern mit Behinderungen (Wahrnehmung und Entwicklung, Körperbehinderung, Sinnesbehinderte usw.) unterschieden. Was sich als Behinderung erweist, kann aber nur in der Praxis, im Einzelfall festgestellt werden und erfordert deshalb eine individuelle Diagnostik, Förderplanung und die Bereitstellung entsprechender Ressourcen.

Ein großes Versäumnis bei der Umsetzung der Inklusion besteht darin, dass dieser Prozess sowohl im Primar- als auch im Sek. I-Bereich nicht wissenschaftlich begleitet wird. Noch immer gibt es keine verbindlichen Standards, die besagen, wie und unter welchen Bedingungen Inklusion gelingen kann. Völlig unzureichend sind die Rahmenbedingungen für notwendige Fort- und Weiterbildungen für alle Beteiligten.

Damit sich Bremer Schulen erfolgreich in inklusive Schulen entwickeln können, bedarf es noch großer Anstrengungen in struktureller und konzeptioneller Hinsicht sowie einer wesentlichen Verbesserung der finanziellen Grundausstattung:

- Statt des 2-Säulen-Modells verlangt die Inklusion eine »Schule für alle« von Jahrgang 1 bis 10. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, muss der Auftrag der Inklusion verbindlich auch für Gymnasien und private Schulen formuliert werden. Diese Schulen haben nachzuweisen, dass sie den Auftrag zur Inklusion in einem vergleichbaren Umfang wie die Grund- und Oberschulen wahrnehmen.

- Die inklusive Schule ist in personeller, räumlicher und sächlicher Art so auszustatten und vorzubereiten, dass es auch den Schüler*innen mit besonderen Beeinträchtigungen oder mit Behinderungen in ihrer Schule ermöglicht wird, sich optimal zu entwickeln. Dies gilt insbesondere auch für die Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Problemen im sozialemotionalen Bereich.
- Die Existenz der Spezialförderzentren kann damit auf längere Sicht überflüssig werden. Dabei dürfen die bisherigen Standards, nach denen die Schüler*innen in diesen Förderzentren (einschließlich des W und E-Bereichs) unterrichtet wurden, in der inklusiven Schule nicht unterschritten werden! Entsprechende Ressourcen müssen unabhängig von den allgemeinen schulischen Aufgaben wie LRS- und Dyskalkulieförderung, DaZ-Förderung von Deutsch-Sprachanfänger*innen usw. gegeben werden.
- Es muss eine ausreichende Vertretungsreserve für alle in der Schule Beschäftigten wie Regelschullehrer*innen, Sonderpädagog*innen, Sozialpädagog*innen, Betreuungskräfte und Assistenzen vorgehalten werden:
- Doppelbesetzungen dürfen grundsätzlich nicht aufgelöst werden!
- Die Betreuung durch pädagogische Mitarbeiter*innen ersetzt keine Vertretung des Unterrichts durch Lehrkräfte!

- Vertretungskräfte müssen fachkompetent sein und zeitnah eingesetzt werden!
- Die bisherige Berechnung der personellen Ressourcen nach Preuß-Lausitz 2008 hat sich eindeutig als unzureichend erwiesen! Eine sonderpädagogische Förderquote von mindestens 4 Stunden für 10% aller Schüler*innen ist nach den bisherigen Erfahrungen im Bundesland Bremen realistisch und muss umgesetzt werden. Das entsprechende Stundenkontingent muss bedarfsbezogen auf die Schulen verteilt werden. Zusätzlich müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden, mit deren Hilfe Nachsteuerungen bei besonderen Bedarfen ermöglicht werden können.
- Um dem Aufwand für die Entwicklung der inklusiven Schule und für die Vorbereitung von inklusivem Unterricht Rechnung zu tragen, muss die Arbeitszeit der Beschäftigten angepasst werden. Die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte muss für den erhöhten Zeitaufwand für Vorbereitung, Kooperation und Elternarbeit deutlich reduziert werden. Entsprechend muss den sozialpädagogischen Fachkräften mehr Kooperations- und Vorbereitungszeit zugestanden werden.
- Für die Schulen in besonderen Problemlagen müssen schlüssige Konzepte zur Gestaltung des Inklusionsprozesses entwickelt werden.
- Es muss sofort eine wissenschaftlichen Begleitung für den Primar- und Oberschulbereich eingesetzt werden in der Form, dass auch die Praktiker*innen bei der Auswahl der Kriterien einbezogen werden (wissenschaftliche Begleitung auf der Grundlage einer fortlaufenden internen Evaluation).
- Innerhalb der Schulbehörden von Bremen und Bremerhaven müssen klare personelle Verantwortlichkeiten mit Steuerungskompetenz benannt werden, die den Inklusionsprozess in den Schulen begleiten und vorantreiben.
- An der Universität Bremen muss dringend der Studiengang Inklusive Pädagogik/Behindertenpädagogik für alle Schulstufen sowie den Elementarbereich eingerichtet bzw. ausgebaut werden. Inklusive Pädagogik muss zudem integraler Bestandteil in der gesamten Lehrer*innenausbildung sein.
- Wir schlagen eine Ombudsstelle bei dem Landesbehindertenbeauftragten vor, an die sich Eltern, Pädagog*innen u.a. wenden können.
- Die ReBUZ müssen so ausgestattet sein, dass sie in eskalierten Situationen mit verhaltensschwierigen Schüler*innen sofortige Hilfe vor Ort leisten können. Dies schließt ggf. zusätzliche therapeutische Maßnahmen ein.
- Im Primarbereich müssen die ZuP-Leitungen mit zusätzlichen Schulleitungsstunden ausgestattet werden in Abhängigkeit von der Größe der Schule bzw. des Schulverbundes und der sozialen Lage.
- Schulische Sozialarbeit muss in allen Schulstufen ausgeweitet und verstetigt werden.
- Im Bereich Sekundarstufe 2 und der Beruflichen Bildung müssen ZuP-Strukturen mit entsprechenden Steuerungsmöglichkeiten aufgebaut werden. Inklusive Bildung ist auch hier als Querschnittsaufgabe anzusehen.

[1] Spezialförderzentren in Bremen: Schule für Hörgeschädigte in der Markusallee, Schule für Sehgeschädigte An der Gete, Schule für körperliche und motorische Entwicklung an der Louis-Seegelken-Str., Förderzentrum für sozial-emotionale Entwicklung an der Fritz-Gansberg-Straße

Bericht der Fachgruppe vom Gespräch mit der Senatorin

■ Anfang März 2016 trafen sich Mitglieder der Landesfachgruppe (LFG) »Inklusive Schule und Sonderpädagogik« mit der Bildungssenatorin zu einem Gespräch über den Stand der schulischen Inklusion. Ausgangspunkt waren »Forderungen der GEW zur Inklusion in Bremer Schulen«.

Auf die Frage der Senatorin, wie die Haltung der Lehrkräfte zur Inklusion einzuschätzen sei, berichteten wir aus unseren Erfahrungen in Primarstufe und Oberschule. Dabei wiesen wir u.a. auf dringend notwendige Entlastungen in zeitlicher Hinsicht hin.

Weiter kritisierten wir die durchgängig fehlende Steuerung der Entwicklungsprozesse an den Schulen sowie die fehlende Qualitätssicherung des inklusiven Unterrichts durch die Behörde.

Auch die fehlenden Assistenzkräfte und die schleppenden Antragsverfahren v.a. für Kinder mit emotional-sozialen Auffälligkeiten thematisierten wir.

Unbesetzte ZuP-Leitungsstellen im Primarbereich – die Senatorin stimmte unserer Einschätzung nach dringendem Handlungsbedarf zu. Diese Stellen müssen finanziell attraktiver und mit mehr Verwaltungsstunden ausgestattet werden. Hierzu haben wir die Einführung eines ZuP-Verbandes für mehrere Grundschulen als Modellversuch angeregt.

Für die notwendige Weiterführung des Weiterbildungsstudiums »Sonderpädagogik« fehlen bislang die Haushaltsmittel.

Zum Schluss sprachen wir die geplante Evaluation der Schulreform an. Wir erklärten, diesen Prozess gerne begleiten zu wollen, und nannten als mögliche Gutachterinnen Dr. Irmtraud Schnell bzw. Prof. Annedore Stein.

Senatorin und LFG bekundeten ihr großes Interesse, weiter im Gespräch zu bleiben.

Für die LFG
Rudolf Siemer

■ Viele Probleme sind hier zugespitzt – wie unter einem Brennglas – das gilt für viele weitere Grundschulen in Brennpunktgebieten.
Die Kluft zwischen Aufgabenbereich und Möglichkeiten, die wir zur Erfüllung dieser Aufgaben haben, wird immer größer. Es verschlechtert sich die Ausgangslage für eine erfolgreiche und ganzheitliche pädagogische Arbeit; die Belastung für Kinder und KollegInnen wächst.
Die Problemlage einer Schule im sozialen Brennpunkt?

Ganztagsgrundschule im sozialen Brennpunkt

(GTS Stichnathstraße) Stellungnahme auf der PV am 18.02.2016

Die Lebensbedingungen in Familien summieren sich für die Kinder zu einer Belastung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten:

- prekäre Situation ohne berufliche Perspektive, oft schon sehr lange oder gar über mehrere Generationen;
- begrenzte und/oder negative Erfahrung mit Schule/Bildung
- geringes Allgemeinwissen, kaum Wahrnehmung von Möglichkeiten, diese zu erweitern
- sprachliche Probleme, mit der deutschen Sprache und auch oft mit der eigenen Herkunftssprache
- Orientierung an Traditionen und Verhaltensweisen ihrer Herkunftsländer, manchmal im Widerspruch zu (Kinder)rechten, die bei uns Gültigkeit haben
- Schon transgenerational weitergetragene Probleme, die zu einer Gefährdung des Kindeswohls führen können
- Suchtproblematiken, innerfamiliäre Problemlagen usw.

Natürlich gibt es solche Familien fast überall. Im Brennpunkt treten die Probleme geballt auf und sie treffen für einen ganz überwiegenden Teil der Familien zu. Genauso treten uns die Probleme bei den Kindern gegenüber, in allen Lernbereichen:

- in der sozial – emotionalen Entwicklung (Stichworte Selbstvertrauen, nicht warten können, Durchhaltevermögen, Frustrationstoleranz, Bindungsfähigkeit, Akzeptanz von Regeln und deren situationsunabhängige Generalisierung);
- im Arbeitsverhalten (Konzentration, Aufmerksamkeit, Ausdauer, Motivation, Flüchtigkeit, Tempo);
- in der Kognition (geringes Sach- und Weltwissen, wenig Vorkenntnisse, geringe Merkfähigkeit);
- in der Sprache, oft als erschütternde sprachliche Armut.

Es gilt: Die Faktoren treten oft gemeinsam auf und treffen für einen sehr großen Teil der Kinder zu.

Zusammengefasst: **Wir haben es mit einer dramatischen sozialen Entmischung zu tun.** Die Familien und Kinder mit stabilen, förderlichen Ausgangslagen werden zu einer Minderheit. Die Spirale dreht sich nach unten!

Wir tun etwas dagegen: integrative Beschulung seit über 25 Jahren mit multiprofessioneller Teamarbeit, Entwicklung zur gebundenen Ganztagsschule, intensive Zusammenarbeit mit KITAS, umfangreiche schulinterne Fortbildung zu Entwicklungspädagogik, Classroom- Management, Bindung, Sprachbildung usw., guter Austausch im Kollegium, Förder- und Forderkonzepte, Sozialarbeit …
Aber es reicht nicht!
Sind unsere Kinder dümmer als andere?

Nein! Nur die Ausgangslage ist fundamental schlechter als die vieler anderer Kinder. Sie haben Entwicklungsschritte auf- und nachzuholen, die wir am Beginn der Schulzeit üblicher Weise als selbstverständlich voraussetzen. Sie brauchen Versorger, Ankerpunkte, Erklärer, Erzähler, Wegzeiger, Sprachvorbilder, Mutmacher, Strukturierer und Grenzsetzer– viel mehr als Andere.
Und sie brauchen – in allen Bereichen – nicht nur Betreuung oder Aufsicht, sondern Hände, Ohren, Augen, Bindung, Verlässlichkeit, Konsistenz, um die nächsten Entwicklungsschritte machen zu können. Menschen, die diese Aufgaben übernehmen, in zuverlässigen Beziehungsrahmen, mit hoher Kompetenz und ausgestattet mit einer zeitlichen Ressource, die individuelle Ansprache und Förderung zulässt.

Sie brauchen also mehr Menschen, viel mehr.
Kein differenziertes Arbeitsmaterial, kein ansprechendes digitales Lernprogramm und kein ausgeklügeltes System der Bewertung kann diese personelle Ressource ersetzen.

Konkret: Wir können nicht davon ausgehen, dass Schüler X sich in Ruhe und angemessen und selbständig mit seinen Aufgaben beschäftigt, während wir mit Schüler Y in den Anfängen des Leselehrgangs stecken, dass Schülerin A an ihrem Tisch der Mitschülerin B bei der Formulierung ihrer Geschichte behilflich sein kann, dass Gruppe C es aushält ruhig zu bleiben, während wir mit Gruppe D ein mathematisches Problem mit Materialeinsatz aufarbeiten.
Das erleben wir täglich, im Unterricht, aber auch außerhalb, in Pausen, beim Essen, auf Wegen, in Freizeitangeboten. Sehr viele Kinder unserer Schule sind noch weit entfernt davon, ihr Lernen und Handeln selbstverantwortlich und unabhängig von einer begleitenden Person gestalten zu können. Eine solche Kompetenz ist unser Ziel. Dafür brauchen wir verlässliche, kontinuierliche und sachkundige Begleitung.

Und Zeit! Wir schieben die Inhalte des Unterrichts nach hinten, weil wir Basiskompetenzen im Sozialverhalten trainieren, weil wir grundlegende Sprachstrukturen erarbeiten müssen, weil wir einfachstes Sach- und Weltwissen vermitteln müssen. Am Ende der Grundschulzeit sind wir vielfach noch lange nicht so weit, wie wir laut Lehrplan eigentlich sein müssten.

Die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind vor diesem Hintergrund die Spitze des Eisberges. Ihr Unterstützungsbedarf ist am augenfälligsten. Aber das Bild vom Eisberg stimmt: **Nicht nur einzelne Schülerinnen und Schüler haben einen Sonderbedarf – unsere Schule insgesamt hat einen besonderen Bedarf!**

In allen Bereichen: in und außerhalb des Unterrichts, in der Sozialarbeit, in der Versorgung mit sonderpädagogischer Förderung.
Nicht zuletzt: auch im Hinblick auf die Belastung der Kolleginnen und Kollegen. Die Belastungsgrenze ist überschritten!

Was brauchen wir dringend?

- eine durchgängige Doppelbesetzung im Unterricht;
- eine gesicherte Vollversorgung aller Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in allen Klassen und jederzeit;
- in allen nicht-unterrichtlichen Zeiten eine feste Besetzung jeder Klasse mit einer/m Pädagogischen MitarbeiterIn;
- die Möglichkeit, zumindest für einen Teil der SuS die Schulbesuchszeit auf 5 Schuljahre zu erweitern
- mindestens eine volle Sozialarbeiterstelle;
- eine Senkung des Stundedeputats um eine Stunde für alle Lehrerinnen und Lehrer als Ausgleich für überdurchschnittlich hohe Arbeitsanforderungen an Differenzierung, Elternarbeit, Teamarbeit usw.

Übertrieben? Vermessen? Illusorisch? Ich sage: aufgabenbezogen, realistisch, notwendig! Denn:
Wir erwarten keine Abwärtsspirale – wir erleben sie, jeden Tag. Wir sind auf dem Weg, einen beträchtlichen, wahrscheinlich den größten Teil unserer Kinder nicht zu inkludieren, sondern ihre Exklusion zu betreiben, weil wir sie wegen einer unzulänglichen Versorgung ihrer Chance zu gleichberechtigter Teilhabe an Gesellschaft berauben. Das dürfen und wollen wir so nicht hinnehmen.

Und ich will es auch nicht einfach akzeptieren, dass eine dringend notwendige Änderung dieser Situation immer wieder verhindert oder verschoben wird mit dem Hinweis auf fehlende Gelder. »Die gesellschaftliche Wertschätzung der Grundschule drückt sich in der Sicherung der notwendigen Ressourcen aus,« so die Kultusminister in ihren Empfehlungen. Die Realität sieht anders aus, nicht nur in Bremen. Fakt ist die gigantische Umverteilung des gesellschaftlich erarbeiteten Wohlstandes von unten nach oben und die gleichzeitige strukturelle Unterversorgung des Bildungswesens über Jahre. Das ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis von politischen Entscheidungen. Menschen trafen diese Entscheidung, Menschen können und müssen sie ändern. Chancengleichheit ist unteilbar. Gesellschaftlicher Reichtum schon!

Debeka Versichern und Bausparen
Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

Chancenorientierte Privatrente
Garantie und Renditechancen

Innovative Produkte für Ihre Altersvorsorge. Informieren Sie sich jetzt.

anders als andere

Landesgeschäftsstelle Bremen
Ostertorstraße 36
28195 Bremen
Telefon (0421) 36503-0
www.debeka.de

Debeka

■ Bei der Integration von Zugewanderten in das Ausbildungssystem gibt es noch zahlreiche Schwierigkeiten, wobei die schulische Vorbereitung und die Unterstützung während der Ausbildung durch die Berufsschulen und Unternehmen enorm wichtig sind, sagt René Böhme vom Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) der Uni Bremen. Mit einer empirischen Analyse hat der Wissenschaftler im vergangenen Jahr die Gelingensbedingungen und Hürden beim Start in das Ausbildungssystem untersucht.

»Die Bildungsdiagnostik muss verbessert werden«

Flüchtlinge und der schwere Start in das Berufsleben

Rene Böhme, Institut Arbeit und Wirtschaft, Uni Bremen

Was brauchen junge Menschen, die in Bremen ankommen, vor allem, damit der Start in das Berufsleben besser gelingt?

Als erstes natürlich ausreichende Sprachkenntnisse, aber auch eine passgenaue und längere Unterstützung. Oft wird bei der Einschulung nicht so genau hingeschaut, welche Kompetenzen die Flüchtlinge mitbringen, welche Stärken und Schwächen sie haben. Die Bildungsdiagnostik ist unzureichend. Sie müssen besser beraten werden, welche Möglichkeiten das Bremer Schul- und Ausbildungssystem bietet. Aus den berufsbildenden Schulen höre ich, dass viele SchülerInnen bisher in den »falschen« Vorkursen sind. Einige lernen Metallberufgrundlagen und wollen lieber in den Gastrobereich und umgekehrt. Die Vorkurse sind zudem oft sehr heterogen besetzt, da ist die Binnendifferenzierung schwer. Und die Geflüchteten brauchen insgesamt eine längere Schulzeit, um auf ein für eine Ausbildung erforderliches Grundniveau in Deutsch und Mathematik zu kommen. Die einjährigen Vorkurse reichten da bei weitem nicht aus. Auch die zweijährigen Klassen, die ab 2016 geplant sind, werden vielleicht für eine Reihe von Geflüchteten zu kurz sein, um eine Ausbildung erfolgreich meistern zu können.

Die Bremer Bildungsbehörde reduziert die Beratung, auch um die Flüchtlinge schneller beschulen zu können?

Das ist ein schwieriger Spagat. Einerseits sollten die Geflüchteten so schnell wie möglich eine Schule besuchen können, andererseits ist eine intensive Beratung extrem wichtig für den nachhaltigen Erfolg bei der Integration. Vielleicht könnte die Zeit bis zum Schulbesuch durch eine intensivere Hausbeschulung in den Flüchtlingsunterkünften genutzt werden.

Und was können die Ausbildungsbetriebe tun, damit die Flüchtlinge weniger Probleme bekommen?
Die Sprachförderung darf auch während der Lehre nicht aufhören. Am besten wären berufsbegleitende Deutschkurse während der Ausbildung, aber auch firmeneigene Lehrkräfte – das zeigen einzelne Beispiele – können hilfreich sein. Viele der Zugewanderten brauchen individuelle Betreuung. Eine hohe Ausbildungsqualität ist erforderlich. Denkbar ist, dass sich mehrere kleinere Ausbildungsbetriebe zu Verbünden zusammenschließen und sich gegenseitig unterstützen.

Die unklare rechtliche Situation vieler Flüchtlinge behindert den Lernerfolg, oder?

Ja, das ist so. Wir bekamen von allen Experten in Schule und Wirtschaft gespiegelt: Das gültige Asylrecht bringt Unsicherheit. Es ist doch klar, dass sich die SchülerInnen häufig nicht gut auf die Lerninhalte konzentrieren können, wenn nicht klar ist, wie es mit ihnen weitergeht.

Ziel der IAW-Studie war es, Handlungsempfehlungen für die politischen und schulischen Akteure in Bremen sowie die Unternehmer zu formulieren. Welche können Sie geben?
An allererste Stelle steht, dass der Bund auf der lokalen Ebene auch endlich die finanziellen Ressourcen bereitstellen muss, damit Integration in Ausbildung gelingen kann. Bisher werden nicht mal 20 Prozent der Kosten der Flüchtlingshilfe vom Bund übernommen. Mit mehr finanziellen Mitteln für die Flüchtlingsarbeit halte ich vier Dinge für wesentlich: Ganz am Anfang muss eine systematische Bildungsdiagnostik stehen. Zweitens: mehr Unterstützung vor und während der Ausbildung sowie mehr Schulsozialarbeit, weil sonst der Ausbildungserfolg einfach nicht realistisch ist. Drittens: Angebote auch für die zahlreichen18- bis 25-Jährigen, die bisher keinen Anspruch auf schulische Vorbereitungsmaßnahmen haben. Und schließlich müssen die Wohn- und Lernbedingungen verbessert werden. Die sind bislang oft so schlecht, dass sie sich nicht für eine Ausbildung eignen.

Flüchtlinge haben im Vergleich zu ihren inländischen Mitbewerbern insgesamt geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. In welchen Berufen und Branchen haben sie etwas bessere Möglichkeiten?

In Banken, als Verkäufer oder in Kitas ist es natürlich schwieriger, etwas zu finden. In weniger sprachintensiven Berufen sind die Chancen grundsätzlich besser. Da bieten sich Branchen wie zum Beispiel der Metall- oder Logistikbereich an oder auch das Handwerk. Allerdings sind viele Handwerksbetriebe eher klein und können sich meistens nicht so intensiv um die jungen Flüchtlinge kümmern, wie es große Unternehmen können. Karsten Krüger

Landesschultheatertreffen in Bremen 2016

wieder mal im neuen Gewand

Nadia Makhali

■ Noch gar nicht so lange, nämlich 8 Jahre ist es her, dass die Ideenwerkstatt des FaTS Bremen das Landesschultheatertreffen komplett neu erfunden hat. Seitdem arbeiten wir mit Studierenden der Hochschule für Künste in Braunschweig (Studiengang Darstellendes Spiel) zusammen und bieten Schülergruppen Theaterunterricht an, der im Fokus neue Formen des Theaters hat. Aufführungen »fertiger Produktionen« treten in den Hintergrund des Festivals.
In diesem Jahr haben sich Schulgruppen angemeldet, um an ihren eigenen Produktionen mit Hilfe der Braunschweiger Profis weiter zu arbeiten. Die GruppenleiterInnen werden sich vorab mit einem Team aus Braunschweig austauschen, ihre bisherige Arbeit erläutern und besprechen, was man an drei Probentagen in den Fokus nehmen möchte. Themen wie Übergänge, Großgruppenszenen, Musikalität, Medieneinsatz… haben im Rahmen des LST so endlich einmal Raum und können zusätzlich durch das Coaching der Studierenden neu erfahren werden.

Foto: Menke

Am letzten Tag des Festivals soll es zu kleinen Präsentationen der Gruppen kommen. Diese sollen zeigen, woran sie an drei Tagen gearbeitet haben und können außerdem so auf ihre Produktionen aufmerksam machen.
Der Ursprung diese Idee liegt an den wenigen Bewerbungen zum Schultheater der Länder. Wir erhoffen uns durch das Coaching eine steigende Bewerberzahl – bedingt durch mehr Sicherheit in die eigene Arbeit sowie einen Qualitätsgewinn durch die zusätzliche Probenzeit und die Impulse von außen.

Um das Festival-Feeling zu erhalten, begegnen sich alle teilnehmenden SchülerInnen am ersten Tag gruppenübergreifend in Workshops, die ebenfalls von den Studierenden aus Braunschweig geleitet werden.
Aufführungen von Bremer Gruppen gibt es zusätzlich am Dienstag und Mittwoch im Anschluss an die Projektarbeit. (das Programm wird z.Zt. noch erstellt)

Das Landesschultheatertreffen findet vom 9.-13. Mai in und um die bremer shakespeare company statt.
Teilnehmende Schulen:
Gymnasium an der Hamburger Str.
Oberschule an der Schaumburger Str.
Oberschule am Leibnizplatz
GYO Leibnizplatz
Oberschule in den Sandwehen
SZ Carl von Ossietzky Bremerhaven

Verwaltungsgericht:

Beamtenbesoldung 2013 und 2014 verfassungswidrig

■ Für die Jahre 2013 und 2014 hatte die rot-grüne Regierung den Beamten ab der Besoldungsstufe zwei Nullrunden verordnet. Nachdem das Verfassungsgericht in Nordrheinwestfalen ein gleichlautendes Gesetz kippte, besserte die Bürgerschaft nach und hob die Besoldung in beiden Jahren rückwirkend um je 1,5 Prozent an. Die GEW hatte gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei und Ver.di gegen die Nullrunden protestiert, zu Widersprüchen aufgerufen und geklagt. Die Musterklagen wurden auch nach der Nachbesserung aufrechterhalten. Nun hat das Verwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen das nachgebesserte Besoldungsgesetz dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt, weil es dieses für verfassungswidrig hält.

L-EGO:

Beamtenbesoldung 2013 und 2014 verfassungswidrig

■ Mit Höhergruppierungen und einer »Angleichungszulage« (30 Euro!) für bestimmte Gruppen von angestellten Lehrkräften lockt der am 28.3.2015 vom Beamtenbund und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vereinbarte Tarifvertrag zur Lehrer*innen-Entgeltordnung. Die Anträge auf Höhergruppierung müssen bis zum 31.07.2016 gestellt werden, die auf 30 Euro erst bis zum 31.7.2017. Doch Vorsicht: In vielen Fällen gibt es bei einer Antragstellung nichts zu gewinnen und in einigen auch einiges zu verlieren. Die Grundlagen für die Entscheidung, ob sich ein Antrag lohnt, muss der Arbeitgeber auf Antrag liefern. Ein entsprechendes Musterschreiben ist auf unserer Internetseite zu finden.

70 Jahre GEW

190 Jahre Bremer Lehrervereine

Teil 2

Die Lehrervereine in der Revolution von 1848

Jürgen Burger

Der Verein »Euphrosyne«

Im Jahre 1837 wurde parallel zum Kleinen Lehrerverein in Bremen eine zweite Lehrergesellschaft gegründet. Sie nannte sich Euphrosyne, nach einer Botschafterin des Frohsinns in der griechischen Mythologie. Auch dieser Verein bestand vorwiegend aus Lehrern der niederen Schulen, es waren aber auch einige an Bildungsfragen interessierte Geschäftsleute dabei. Man traf sich zweiwöchentlich im Hause des Präses. Jedes Mitglied hatte in festgesetzter Reihenfolge die Pflicht zu einem Vortrag, danach stellte der Präses die Diskussionsfragen.

Im Unterschied zum Kleinen Lehrerverein spielten hier die methodischen Fragen der praktischen Schularbeit eine untergeordnete Rolle. Vorrangige Themen waren der Bildungsbegriff, Grundfragen der Politik (Staat, Demokratie, Freiheitsbegriff) und schulpolitische Ziele. Ein Grundanliegen der Teilnehmer war dabei die Zurückdrängung des Einflusses der Kirche im Schulbereich. Man orientierte sich an den Ideen der Aufklärung und strebte ein staatliches Schulwesen an. Die Mitglieder der Euphrosyne verwendeten damals schon den Begriff der Volksschule (die es offiziell noch gar nicht gab) als Ziel einer Schulreform. Sie sollte für alle Kinder »die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten« gewährleisten. Dabei sollten »die Lehranstalten für die mittleren und ärmern Volksclassen wenigstens eine gleiche Behandlung in pecuniairer Hinsicht erhalten, wie die der vermögenden«. 1846 erschien die anonyme Broschüre »Das Volksschulwesen, insbesondere das Bremische«, die vom Verein positiv aufgenommen wurde. Darin werden die allgemeine, durch Steuern unterhaltene Staatsschule, die Anhebung der Lehrergehälter und ein »zweckmäßiges Schullehrerseminar« gefordert.

Der Kampf um ein Schulgesetz

Der Senat hatte zwar 1844 die allgemeine Schulpflicht verkündet (im Vergleich zu den meisten Staaten des Deutschen Bundes sehr spät), aber nichts für eine bessere Ausstattung getan. Der Reformbedarf wurde immer offensichtlicher. Zusammen mit den demokratischen Forderungen nach Pressefreiheit, freien und allgemeinen Wahlen, Trennung von Justiz und Verwaltung und Öffentlichkeit der Gerichts- und Parlamentsverhandlungen war deshalb die Schulreform eines der wichtigsten Themen, als 1848 unter dem Eindruck der Februarrevolution in Paris auch in Bremen viele Bürger sich vor dem Rathaus versammelten und die Annahme ihrer am 7. März im Bürgerverein beschlossenen Forderungen verlangten. Die Euphrosyne-Mitglieder C. Feldmann und A. Kotzenberg hatten die Petition formuliert, die an den Senat überreicht wurde.

Aufgrund der überall vorhandenen revolutionären Stimmung, die in anderen Teilen des Deutschen Bundes bald zu Barrikadenkämpfen führen sollte, wich der Senat schnell zurück und verkündete bereits am 21. März eine neue Wahlordnung, die alle Männer ab 25 Jahren, die das Bürgerrecht besaßen, zur Wahl zuließ. Am 19. April konstituierte sich eine neue Bürgerschaft, die bis Ende des Jahres eine Verfassung ausarbeitete. Schließlich wurde im April 1849 eine Bürgerschaft aufgrund der neuen Verfassung gewählt. Deren Präsident wurde der Euphrosyne-Mitbegründer C. Feldmann. Wenig später wurde er als einziger Vertreter des Bürgervereins Senator. Die Bürgerschaft setzte eine Schuldeputation ein, der vier weitere Euphrosyne-Mitglieder angehörten.

Im Januar 1850 legte die Schuldeputation »Vorschläge über die künftige Organisation des Volksschulwesens« vor. Dieser von A. Kotzenberg und dem Senatsvertreter J. D. Noltenius unterzeichnete Entwurf wurde zum Gegenstand eines 1 1/2-jährigen parlamentarischen und außerparlamentarischen Streits, obwohl er bereits starke Abstriche von der Programmatik der Euphrosyne enthielt. So wurde das Schulgeld, und damit die diskriminierende Unterscheidung in entgeltliche und unentgeltliche Schulen, beibehalten. Die Kirchspielschulen sollten nicht verstaatlicht, sondern nur einer staatlichen Kontrolle unterstellt werden. Geplant waren eine allmählich Ausdehnung des staatlichen Anteils am Schulwesen, eine Auflösung der Klippschulen und die Einrichtung eines Lehrerseminars. Aber selbst dieser Versuch, die staatliche Volksschule nach und nach durchzusetzen, stieß auf den erbitterten Widerstand der Kirchengemeinden und des Senats (bei den einen durch die Angst vor Einflussverlust, beim anderen finanzpolitisch motiviert). 1851 einigte sich der Demokratenführer Pastor Dulon über den Kopf der Schulreformer hinweg mit dem Senat auf einen Kompromiss, der lediglich den Ausbau einiger Freischulen vorsah.

Während dieser Auseinandersetzungen um ein Schulgesetz wurden die Versammlungen des Vereins Euphrosyne immer kürzer und trugen meist den Charakter einer Vor- und Nachbereitung der Sitzungen von Bürgerschaft und Schuldeputation. Der kleine Lehrerverein von 1826 tagte weiter kontinuierlich, beschränkte sich jedoch darauf, die Entwicklung zu kommentieren. Außerdem hatte sich zu Beginn des Jahres 1848 auf Initiative von A. Kippenberg ein kleiner Verein von jungen Seminaristen gebildet. Er nannte sich Iduna und diskutierte pädagogische und politische Fragen der Zeit mit dem Ziel einer Selbstfortbildung.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Vereine

In den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts waren im Kleinen Lehrerverein und der Euphrosyne bis zu 40 Lehrer organisiert. Dies sind ca. 50% der pädagogischen Mittelschicht, die nach »oben« gegenüber den akademisch gebildeten Lehrkräften und nach »unten« gegenüber den Klippschullehrerinnen sozial abgegrenzt war.

Die Gründung zweier paralleler Organisationen basierte auf unterschiedlichen geistigen Einflüssen und drückte gleichzeitig eine Differenzierung in zwei unterschiedliche Flügel aus. Diese Polarisierung ist für die Entwicklung der Lehrerorganisationen über viele Phasen bis heute charakteristisch geblieben: einerseits die Priorität der inneren, andererseits die der äußeren Schulreform. Auch der Kleine Lehrerverein forderte die allgemeine Schulpflicht, aber die Buntscheckigkeit des Schulwesens, der kirchliche Einfluss und das Schulgeld wurden nicht in Frage gestellt. In den Diskussionen der Euphrosyne zeigten sich dagegen erste Ansätze der bis heute aktuellen Forderung nach der staatlichen, einheitlichen, weltlichen und unentgeltlichen Schule.

Es wäre jedoch falsch, nur die Unterschiede zwischen beiden Vereinen hervorzuheben. Die gegen eine verbesserte Volksbildung gerichtete Politik des Absolutismus nach 1815 und die Ignoranz des hansestädtischen Patriziats hemmten die berufliche Entwicklung der Lehrerschaft, und beide Vereine setzten sich damit auseinander. Unter diesem Vorzeichen wurde die Revolution von 1848 auch im Kleinen Lehrerverein begrüßt. Andererseits nahmen die Mitglieder der Euprosyne durchaus nicht immer einen radikalen Standpunkt ein. Sie öffneten sich nur langsam für demokratische Forderungen, das »ungebildete« Volk wurde als Risikofaktor angesehen. Diejenigen Euphrosyne-Mitglieder, die ab 1848 in den politischen Gremien tätig waren, gehörten nie zum radikalen linken Flügel.

In welchem Verhältnis beide Vereine vor 1848 zueinander standen, ist aus den Protokollen nicht zu erschließen. Bekannt ist aber, dass man nach Beginn der Revolution schnell zueinander fand. Im Mai 1848 wählten 67 bremische Lehrer eine »Lehrerdeputation«, der Mitglieder beider Vereine angehörten. Hier wurde die Idee zu einer »Konferenz bremischer Volksschullehrer« entwickelt, die im Juni 1849 gegründet wurde. Von den 27 Erstunterzeichnern der Statuten stammten 10 aus dem Kleinen Lehrerverein und 9 aus der Euphrosyne. Beide Organisationen hatten sich also auf dieser Ebene faktisch vereinigt, sie bildeten die Majorität und diskutierten nun gemeinsam über Schulreformen. Auch die Mitglieder der Iduna waren ab 1850 in der Konferenz vertreten.

Das gemeinsame Ziel eines fortschrittlichen Schulgesetzes konnte nicht durchgesetzt werden. Als 1852 die Restauration siegte und das Achtklassenwahlrecht eingeführt wurde, schien jede Hoffnung auf eine umfassende Schulreform begraben.

Der Lehrerverein Euphrosyne wurde 1837 in der Wohnung des Seminarlehrers J.G.W. Steckel (Am Markt 3) gegründet. Das Foto zeigt die Nordwestseite des Marktplatzes vor den Umbauten Anfang des 20. Jahrhunderts.
Fotograf Hermann Kippenberg
Staatsarchiv Bremen

Aus den Protokollbüchern:

Die vom Hrn. Vice-Präses gestellten Diskussionsfragen lauteten:
Was hat der Staat für das Volksschulwesen zu thun?
Die hierauf geäußerten vielfachen Ansichten gingen im Resultate im Wesentlichen dahin:
Der Staat hat im Allgemeinen für die besten Schulanstalten zu sorgen u. für deren Erhaltung und zweckmäßige Einrichtung auf angemessene Weise die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Im Besonderen wurde von einzelnen Mitgliedern für zweckmäßig u. nothwendig erachtet:
Die fragl. Anstalten sollen zu Staatsanstalten gemacht werden. Der Staat solle die Kosten im Allgemeinen tragen. Zu solchen Kosten sollen alle Glieder des Staats gemeinsam beitragen.
Sodann müsste der Lehrerstand bei dessen unverkennbarer Wichtigkeit auch in äusserer Hinsicht gehoben, seine pecuniairen Verhältnisse gründlich verbessert werden. Zugleich für die Herstellung eines tüchtigen Lehrerstandes durch Errichtung eines zweckmäßigen Schullehrerseminars gesorgt werden. (…)

Die oberste Leitung der Schulangelegenheiten solle jedenfalls unter Mitwirkung wirklicher Pädagogen geschehen; der Einfluss der Geistlichkeit von den Schulen fern gehalten werden, und in den fragl. Schulen allen Kindern ohne Unterschied der näml. Unterricht ertheilt, so dass keine Rücksichten auf Stand u. Vermögen genommen werden.
Im Allgemeinen werde auch für die Volksbildung, besonders wenn man die Kosten des Militairs damit vergleiche in pecuniairer Hinsicht viel zu wenig gethan, wenn z.B. Preussen über die Hälfte der Staats-Einnahme, also ca. 25 Millionen, für das Militair, dagegen etwa 1-2 Millionen für die in Rede stehenden Bedürfnisse verwendet, so scheine ein umgekehrtes Verhältniss weit nathürlicher und zweckmäßiger zu sein…

Bd. 4, S. 46-48 (22.11.1846)

Die Lobby für Kinder

Gaby Thienken

■ Vor gut 30 Jahren las ich in der Presse, beim Tierschutzbund gäbe es mehr Mitglieder als im Deutschen Kinderschutzbund (DKSB). Ich vermute, es ist immer noch so. Gerichte und Staatsanwaltschaft vergeben Bußgelder an gemeinnützige Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven, im Bremer Umland und für weiter entfernte Einrichtungen. Laut Weser-Kurier vom 23.4.2015 waren das 700.000 Euro im Jahr 2014, davon gingen 23.600 Euro an den Bremer Tierschutzverein und 15.600 Euro an den DKSB.

Ich bin damals Mitglied im DKSB geworden und möchte bremische GEW-Mitglieder ermuntern auch ein Mitglied im DKSB-HB zu werden. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 25 Euro im Jahr. Freiwillig kann mehr gezahlt oder gespendet werden.

Die Themen Kinderschutz und Kindeswohl sind elementare Anliegen, wobei auch die Kinder der zugezogenen Flüchtlinge dazugehören. Die Rechte der Kinder werden eingefordert. Um Kinder stark zu machen, gibt es Unterstützung: Eltern holen sich Rat, wie sie sich in schwierigen Situationen mit ihren Kindern verhalten können. Kinder und Jugendliche rufen an (Kinder-Jugend-Schutz-Telefon), wenn sie Hilfe bei Problemen mit Freunden, Eltern oder Mitschülern brauchen. Das Gewaltpräventionsprojekt »Kindernot braucht Lösungen« in Schulen ermutigt Kinder, sowohl bedrohliche als auch wohltuende Situationen wahrzunehmen und sich bei Bedarf Hilfe zu holen. Im »Familien-Treff« arbeiten Ehrenamtliche des DKSB (immer Sonntags von November bis Mitte März) in Kooperation mit dem »Haus der Familie-Mitte« und der Friedenskirche. Im Kinderschutz Zentrum nimmt z.Z. das Thema »Trennung und Scheidung der Eltern« viel Raum ein. Die betroffenen Kinder brauchen besondere Unterstützung.

Um das leisten und eventuell noch ausbauen zu können, braucht der DKSB finanzielle Hilfe durch die Bremer Bevölkerung.

Deutscher Kinderschutzbund
Landesverband Bremen e.V.
Humboldtstr. 179, 28203 Bremen,
Telefon 0421/24011210
www.DKSB-Bremen.de

IBAN DE34 2905 0000 2002 1256 00
BIC BRLADE22XXX
Bremer Landesbank

Gaby Thienken,
ehemalige
BLZ-Redakteurin

Buchtipps
Zusammengestellt von
Ingrid Emmenecker

Neues aus dem Duden-Verlag:

1. Klasse: Die geheimnisvolle Schatzkiste
1. Klasse: Hase Runkel haut ab
2. Klasse: Fußballhelden
je 7,99 € Em.

Notruf, Wundversorgung, Stabile Seitenlage, richtig handeln im Ernstfall

Vanessa Packeisen
Keine Angst vor Erster Hilfe
Mit Videoanleitungen und farbigen Bildern auf CD
Auer-Verlag, Hamburg 2016

Situationen, die bei Kindern auftreten können: Ein Sturz vom Fahrrad, Verletzungen beim Sport, ein Wespenstich, ein zu langer Aufenthalt in der Sonne: Der Band enthält

- 10 vollständig ausgearbeitete Unterrichtsstunden, passend zum Lehrplan Sachunterricht mit Arbeitsblättern und Kopiervorlagen
- CD-ROM mit Videoanleitungen und farbigen Bildern aller Situationen und Erste-Hilfe-Maßnahmen
- Notfallbuch als Portfolio zur Aufbewahrung der Lernergebnisse. Em.

Alle relevanten Mathematik-Materialien und ihre Handhabung verständlich erklärt

Elvira Hartmann/Werner Meininger
Mathe begreifen mit Montessori: Das kleine Einmaleins
Beltz-Verlag, Weinheim 2016, 19,95 €

In diesem Praxisbuch werden erstmals alle Montessori-Mathematik-Materialien präsentiert, die Kindern bei der Erfassung der Systematik und Gesetzmäßigkeit des kleinen 1x1 unterstützen. Anhand zahlreicher Fotos erfahren die LeserInnen Schritt für Schritt, wie die Kinder in die Materialien eingeführt werden. Die ergänzenden Kopiervorlagen dienen dem selbständigen Lernen im Rahmen der Freiarbeit. Zielgruppe: GrundschullehrerInnen, ErzieherInnen. Kolleginnen und Kollegen, die mit älteren Flüchtlingskindern arbeiten, empfehlen ebenfalls das Buch. Em.

Profitieren Kinder von mehr Männern in Kitas?

Holger Brandes/Markus Andrä / Wenke Röseler/Petra Schneider-Andrich
Macht das Geschlecht einen Unterschied?
Ergebnisse der »Tandem-Studie« zu professionellem Erziehungsverhalten von Frauen und Männern
Verlag Barbara Budrich, Kornwestheim 2016, 28 €. Es gibt einen breiten Konsens darüber, aber kaum wissenschaftliche Untersuchungen, inwieweit männliche Fachkräfte sich in ihrem Umgang mit den Kindern von weiblichen Fachkräften unterscheiden. Die Tandem-Studie ist die erste auf eine größere Stichprobe zurückgreifende Vergleichsuntersuchung zu männlichen und weiblichen Erziehungsverhalten in Kindertagesstätten. Sie belegt, dass es kaum geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der pädagogischen Qualität des Verhaltens gibt, wohl

Hans-Wolfram Stein
Demokratisch handeln im Politikunterricht
Projekte zur »Demokratie als Herrschaftsform«
Wochenschau Verlag 2016

Das zu Anfang des Jahres 2016 von Hans-Wolfram Stein (HWS) herausgekommene, 250 Seiten starke Buch versammelt eine Reihe von Unterrichtsprojekten, die er an der GSO und der Berufsschule Walliser Straße durchgeführt hat. Als Auftakt beschreibt Stein jedoch das Unterrichtsvorhaben »Ibrahim soll bleiben«, das an dem Schulzentrum Kornstraße sich spontan an der geplanten Abschiebung des Schülers Ibrahim aus Togo entzündet hatte. HWS ist Sozialwissenschaftler und war Lehrer für Politik und Wirtschaft an der GSO/Walliser Straße. Er war lange Jahre in Bremen verantwortlich für den Bundeswettbewerb »Demokratisch Handeln« und für das BLK-Modellprogramm »Demokratie lernen und leben«. Diese Funktionen entsprachen seiner Auffassung als Politiklehrer, der den Politikunterricht mit politischem Engagement mit »praxiswirksamer Einflussnahme« verknüpfen und auf die Ebene der großen Politik bringen wollte. In der Einleitung diskutiert Stein diesen Ansatz der Demokratiepädagogik, festgehalten im sogen. »Magdeburger Manifest« von 2007, in Relation zu den Positionen der Politikdidaktik. Als Beispiel für direktes, selbstständiges Eingreifen der Schüler in die gesellschaftliche Realität dient Stein das Projekt »Ibrahim soll bleiben«. Mitschüler hatten sich spontan für das Bleiberecht von Ibrahim eingesetzt und erfolgreich Widerstand gegen Abschiebung geleistet. Ohne Beeinflussung von außen hatten Schüler die Initiative für diese Aktion ergriffen, durch die letztlich die allgemeinen Regeln der UN-Kinderrechtskonvention in Bremen durchgesetzt wurden.
Der Hauptteil des Buches besteht nun in der Darstellung der Projekte, die Stein konzipiert und mit Schülern durchgeführt hat. Die Themen sind **Inklusion, Homophobie, Lehrstellenmangel, Wahlen ab 16 und Einbürgerung**. Mit Händen zu greifen ist die Brisanz dieser politischen Felder, die für Jugendliche von besonderem Interesse sind, wie sich im Laufe des Unterrichts herausgestellt hat. »In allen Projekten wurde angestrebt, Lösungen für die einzelnen politischen Herausforderungen zu erarbeiten und in die praktische Politik zu übersetzen.« Nimmt man das Projekt ›Homophobie‹. Das Recht anders zu sein‹, so ist man beeindruckt von der Vielfältigkeit der schulischen Aktivitäten, die hier zum Tragen kommen. Umfragen in der gesamten Schule, Anfertigung einer wissenschaftlichen Expertise in Zusammenarbeit mit der UNI Kiel, die als Broschüre für den Unterricht gedruckt wurde, Änderung des Leitfadens zur Sexualerziehung gegen politischen Widerstand, Korrektur des Abschnitts Sexualerziehung im Bremer Schulgesetz. Weiterhin besuchte die Klasse die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, wo sie sich auf die Sonderausstellung der Verfolgung Homosexueller durch das NS-Regime konzentrierte. Ergebnisse wurden in der »Nacht der Jugend« präsentiert. Die Medien schalten sich ein: Radio Bremen mit einem Fernsehbericht, der Weser-Kurier und die TAZ berichten; die Fraktionen der Bürgerschaft SPD, Grüne und die FDP werden aufmerksam, mischen sich ein. Auch die Senatorin reagiert. Die große Politik hat sich des Themas angenommen. Das Projekt »Das Recht, anders zu sein« wurde von Betroffenenverbänden als ›Meilenstein‹ der Unterrichtspraxis gewürdigt. Die Schüler dieser Klasse treten jetzt für folgende Aussage ein: »Diskriminierung von Homosexuellen sollte von allen bekämpft werden«, wie es im Text zur Preisverleihung des europäischen Tolerantia-Preises für Schüler und Lehrer hervorgehoben wird. Hans-Wolfram Stein hat eine bemerkenswerte und herausragende Dokumentation schulischer Projekte vorgelegt, die zudem noch in einen theoretischen Rahmen eingebettet und mit großem Material- und Literaturteil versehen ist. Das ist Unterricht pur! Man fühlt sich herausgefordert, die Steinsche Arbeit fortzusetzen. K. Koke

aber hinsichtlich der Neigung zu spezifischen Materialien und Themen sowie geschlechtsspezifische Effekte in der Interaktion zu spezifischen Materialien und Themen sowie geschlechtsspezifische Effekte in der Interaktion mit Jungen und Mädchen. Em.

Lehrer als Kompetenzbeschaffungsgehilfen?

Christoph Türcke
Lehrerdämmerung
Was die neue Lernkultur in den Schulen anrichtet
C. H. Beck-Verlag, München 2016, 14,95 €
E-Book 11,99 €

Lehrer? Deren Zeit läuft ab. Gelernt wird heute eigenständig, beweglich, kreativ. Dafür genügen Lernbegleiter vollauf. So klingt der Sirenengesang der »neuen Lernkultur«. Wie sehr er in die Irre führt, zeigt der Philosoph Christoph Türcke in diesem Buch. Mit der Rolle der Lehrer stehen zugleich entscheidende politische und pädagogische Grundeinstellungen zur Debatte. In der schönen neuen Lernwelt soll nämlich alles verschwinden, was in Sach- und Fachkompetenzen nicht aufgeht. Menschen aber nur auf ihre Kompetenzen hin anzusehen, heißt, sie wie Maschinen anzusehen. Lehrer zu Kompetenzbeschaffungsgehilfen zu reduzieren heißt, sie zu entwürdigen. Das müssen sie sich nicht bieten lassen. Wenn sie für den Erhalt und das Ethos ihres Berufes wirklich kämpfen, können sie eine Orientierungsdebatte auslösen, die an die Grundfesten der neoliberalen Welt rührt.

Eine Liebeserklärung an das Leben unter unseren Füßen

Amy Stewart
Der Regenwurm ist immer der Gärtner
Oekom-Verlag, München 2015, 19,95 €

Er bohrt, gräbt und mischt, – und hält damit im buchstäblichen Sinne die Welt zusammen. Kaum einem anderen Tier verdanken wir Menschen so viel, denn erst reiche, lockere Erde ermöglicht das üppig wuchernde Grün unserer Gärten, Felder und Fluren. Die Autorin lässt ihrer Entdeckerfreude freien Lauf, buddelt und experimentiert, sucht Experten auf und reist zum weltweit einzigen Wurmmuseum. Amy Stewart ist eine wunderbare Mischung aus Erzählung und Sachbuch gelungen, mal unterhaltsam und anrührend, mal wissenschaftlich fundiert. Em.

Ein Austausch auf Augenhöhe

Amelie Kim Weinert
Mein Deutschland
Ein Ordner für Flüchtlinge und Ehrenamtliche
Langenscheidt, München 2016, 19,99 €

Viele ehrenamtliche Helfer begegnen Menschen, mit denen sie keine gemeinsame Sprache sprechen und die oft nicht lesen und schreiben können:

- Ein gemeinsamer Ordner für das Tandem Asylbewerber und Helfer
- Für Ehrenamtliche ohne didaktische Vorkenntnisse
- Einstieg in die Welt der Schrift, Zeichen und Zahlen
- Vorbereitung auf Alphabetisierungs- und Integrationskurse
- Näherbringen der deutschen Sprache und Kultur
- Viele Fotos, Grafiken, Zeichnungen, Piktogramme – wenig Text
- Ordner mit Register, Stickern, Arbeitsblättern, Schreib- und Gestaltungsvorlagen
- Begleitheft für den Helfer mit didaktischen Hilfestellungen und Hintergrundinformationen Em.

Selbst schreiben und nachhaltig lernen – Bild für Bild

Wie heißt das?
Die ersten 1.000 deutschen Wörter
Langenscheidt, München 2016, 4,99 €

- Der grundlegende Wortschatz für die ersten Monate in Deutschland
- Illustriert in 800 farbigen, eindeutig erkennbaren Zeichnungen
- von Essen über Schule, Beruf und Freizeit bis zum Besuch beim Arzt
- Auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen abgestimmt
- Mit Schreiblinien für die Übersetzung in die eigene Muttersprache und zum Nachschreiben der deutschen Begriffe Em.

Wie Reiche und Unternehmen durch gemeinnützige Stiftungen noch mächtiger werden

Scheinheilige Stifter
Backstein-Verlag 2015, 12,90 €
Wer ein besonderes Projekt starten will und dafür eine Finanzierung sucht, wird immer häufiger auf die Bewerbung bei einer Stiftung verwiesen. Dieses Buch beleuchtet kritisch die gemeinnützigen Stiftungen. Dabei geht es um Lobbyismus und verdeckte Privatisierung.

Es war die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD), die im Jahr 2000 enorme Steuererleichterungen für Stiftungen auf den Weg brachte. Eine Gründungswelle folgte – die Zahl der Stiftungen stieg von 1999 bis Ende 2014 von rund 8.000 auf 20.784. Das ist gut, behauptet die Stiftungslobby. Sie erklärt: Gemeinnützige Stiftungen helfen in der Not, fördern Wissenschaft, Bildung, Sport, Umweltschutz und Kultur. Sie entwickeln zudem neue Ideen – und bringen so die Gesellschaft voran. Das Buch zeigt dagegen: Gemeinnützige Stiftungen eignen sich hervorragend, um private Interessen zu bedienen. Zudem sind es vor allem Reiche, Erben und Unternehmen, die stiften. Deren Einfluss steigt, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt. Und all das folgt dem Beispiel USA, dem gelobten Land der Stiftungsfreunde. j.b.

Friedenspädagogik
»Schulen gemeinsam für Afrika« startet die Schulaktion 2016 zu den Themen »Frieden und Flucht«. Das Unterrichtsangebot ist kostenfrei unter www.gemeinsam-fuer-afrika.de zu bestellen. Em.

80 Jahre Spanischer Bürgerkrieg
Eine Spurensuche
Die Ausstellung wird am 10. Mai, 18 Uhr, im Bremer Presseclub eröffnet. Rolf Becker liest Texte der Spanien-Kämpfer
Näheres: wollenberg@uni-bremen.de Em.

Rudolph Bauer/Hartmut Drewes
Bremer Friedensforum
Rüste-Wüste, Militarismuskritische Bild-Montagen
Näheres: www.bremerfiredensfiorum.de Em.

Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF)
Forderung: 8 Mai 1945 – Tag der Befreiung – Einrichtung eines nationalen Gedenktages
Näheres: nolzpopp@web.de Em.

Frischluft

■ **Geschichten für den Koma-Kasten**
So ein konstruktives Seminar, mein lieber Schwan…
Wir hatten vom Kollegium ein Kreativseminar mit Brainsturms, auch »Peer-Teaching mit Reciprocal Peer Tutoring«, ihr wißt schon. Gegen die Langeweile im Unterricht wo sich das Ich »ein Stück weit zurücknimmt« und man z.B ein »Erklärvideo« zeigt. Obwohl Konfuzius ja sprach: Erzähle mir und ich vergesse, zeige mir und ich erinnere«?! Dann haben wir noch einen »Worldcafe« getrunken und über die »Anwendung von »wordcloud-Generatoren« gefachsimpelt. Ihr wißt schon. Und wenn nicht, dann empfehle ich euch ein Abo der Zeitschrift Pädagogik, da findet ihr haufenweise solche bereichernden Ideen, die euch in der Arbeit entlasten.
Zweiter Teil unserer Fortbildung war noch das von der Qualitätsabteilung der Behörde geforderte Fundraising, das Einwerben von Fünft-Viert und Dritt-Mitteln für die Schule verbunden mit einem Wettbewerb ohne Preise. Das altmodische Abklappern der Ein-Euro-Läden in Gröpelingen hat es echt nicht gebracht und die Sparkasse will auch nicht für alles herhalten.So haben wir das Humankapital an Schule ins Spiel gebracht, also uns und die Kinder. Nicht nur das Schullogo, sondern auch Marken sind für Schulen nicht länger tabu. »Mein Vater ist bei Bremerland, Wiesenhof ist abgebrannt« im Deutschunterricht, Hachez füttert Kinder dick mit Schokolade an Ostern und Weihnachten in Ernährungslehre, und wir Lehrkräfte? Es sollte langfristige Verträge mit Firmen geben. Eingängige Sprüche, Grafiken und Logos würden Lehrkräften als Tattoo eingebrannt und wären vertragsdauerhaft durch entsprechende Kleidung (kurze Hosen, T-Shirts, Glatze, Ausschnitt…) sichtbar den Schülern,Eltern und Mitbürgern zu präsentieren. »Mach dein Ding« oder »Besorgte Burger, AfD«. Für Beamte wird, um den Wechsel in andere Bundesländer zu erschweren, das Bremer Wappen eingespritzt oder eingebrannt, sodaß die Eigentumsrechte auch über den Tod hinaus Geltung haben.Beim unfreiwilligen Ausscheiden sind noch die profitablen Organspenden ausdrücklich erwünscht.(Bis auf Lehrerleber! Einwurf der Suchtbeauftragten!) Allerdings gibt es da Einschränkungen bei Behördengehirnen, denn wer will sich bei einer Transplantation schon verschlechtern. Bei Angestellten ist auf Freiwilligkeit zu setzen, die schon bei Einstellung eingefordert wird. Alternativen sind nur in Bezug auf Werbung für unterschiedliche Firmen in unterschiedlichen Bereichen möglich, also auch ein DGB, verdi oder GEW-Tattoo ist möglich.Hier haben Fuss-und Handballer, wie überhaupt Sportler, in letzter Zeit eine herausragende Vorbildrolle übernommen. Die Werderraute im Haarschnitt in Geometrie. Fishtownpinguins in Bio.Das kommt bei Schülerinnen und Schülern an. Es ermöglicht allen Bremer Schulen eine Budgetierung auf höchstem Niveau und fördert den Leistungsgedanken durch Konkurrenz. Da kann die Behörde wie immer nicht mithalten. Kleine Nebenvorschläge unseres Seminars waren noch Werbebanner vor und in der Schule, die Umbenennung der Schulen wie AG (Alter Gouda), Kurt Schumacher in Ssseidenbacher, Leipnizplatz in Leibnizkeks-Platz, Andernacher in Andachser Inbev usw., die Senatorin wünscht da schon eine bunte Vielfalt. Weitere Ideen bitte an die Abteilung Schulqualität, Rembertibrummkreisel 8-12. Beteiligt euch massenhaft am Ideenwettbewerb unter Schirmherrschaft der Senatorin »Woher nehmen und nichts geben!?« Man,war das ein lebendiges Seminar. Die Idee von Kolleginnen ihre Eier einzufrieren bis sie ihre Jahrgänge durch haben wurden gar nicht mehr besprochen, und tiergestützter Unterricht durch Kampfhunde ging auch nicht mehr.

Gegendarstellung Heft 1/2 Frischluft:
Im letzten Frischluft zum Amt von Frau Bogedan und wie man zum Amt kommt, durch Zuruf oder Anruf, sind uns einige dicke Fehler unterlaufen: Holger K.s Namen, in BLZ Nr.1/2 nicht geändert, soll demnächst geändert werden.In welchen weiß er noch nicht. Außerdem hatten wir seine Frau mit einem Mann verwechselt, weil die ihr verdammt ähnlich sieht. Drittens will er auf keinen Fall zu SPD-Gabriel nach Berlin, die SPD und die Stadt wäre noch runtergekommener als Bremen.Stattdessen möchte er nach Bonn wo Frau Bogedan herkommt, er würde ihren verwaisten Job oder den von ihrem Mann trotz Anruf nicht gekriegten Bürgermeisterjob annehmen.Dazu müsste Holger K. aber am besten von OB Sieling angerufen werden, denn Holger hat von allem ein wenig Ahnung, wie viele, die oft von wenig schon keine haben. Dann wäre er oder sie oder dieses und jenes schon am richtigen Platz.

Wilfried Meyer

Veranstaltungen im Mai/Juni:

Digitale Bildung

Was bedeutet das für Bremer Schulen? Gibt es digitales Lernen?
Am Mittwoch, 18.05.2016 um 19.00 im DGB-Haus
Diskussionsveranstaltung mit einem Vortrag von Ingo Leipner
…über »Digitale Medien«, Schwerpunkt Klassen 1-6. Ingo Leipner ist Mitautor des Buches »Die Lüge der digitalen Bildung«. Eingeladen neben Kolleginnen und Kollegen auch Senatorin, LIS und andere IT-Verantwortliche. Offene Diskussion sehr erwünscht! Brauchen wir die Digitalisierung für alle Schulen? was sagen Fachleute? Was sagen wir? Wer bezahlt was? (Endgeräte bei dieser Veranstaltung nicht notwendig.)

Externe Evaluation des 2-Säulensystems

Fragen und Forderungen der GEW
Fachgruppensitzung der Fachgruppe Oberschule.
19.05.2016, 17.00 Uhr in der Geschäftsstelle der GEW

Fachgespräch Grundschule

am Donnerstag, 09.06.2016, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Im Herbst hat es eine erste Runde gegeben, in der (von Kolleginnen und Kollegen, dem Personalrat, der Frauenbeauftragten, den Eltern,) den Deputierten, die Senatorin konnte nicht kommen, Fragen zur Situation der Grundschulen und besonders zur hohen Belastung gestellt wurden. Wir wollen wissen wie es weitergeht und was getan wurde in der Zwischenzeit. Auch die Senatorin ist eingeladen.

www.awb-bremen.eu
www.awb-bremen.de

»Mitleid«
»Das Mitleid ist oft ein Gefühl unserer eigenen Leiden in den Leiden anderer. Es ist eine kluge Voraussicht der Unglücksfälle, die uns selbst treffen können.«
La Rochefoucauld

»Schmeichler«
»Der Schmeichler ist ein Mensch, der seiner Meinung nach deine Fähigkeiten außerordentlich übertreibt, so daß sie näher an deine eigene-Vorstellung von ihnen herankommen .«
Oscar Wilde

Theaterpädagogik
Jour Fixe am 03.05.2016 um 17.00 Uhr auf dem St.-Pauli-Hof.

MOKS und Junge Akteure
»Die Familie Schroffenstein« (15+): 02.05. – 10.30 Uhr, 09.05. – 20.00 Uhr, 10.05. – 10.30 Uhr, 12.05. – 20.00 Uhr, 20.05. – 20.00 Uhr, 22.05. 18.30 Uhr, 23.05. 10.30 Uhr, jeweils Kleines Haus.
»Grüne Vögel« (14+): 02.05./03.05./07.05./08.05./09.05./10.05./12.05.2016 jeweils 19.00 Uhr, MOKS.
»The Art of Arriving«: 04.05./06.05.2016, 19.00 Uhr, Kleines Haus.
»Ich rufe meine Brüder« (14+): 18.05. – 10.30 Uhr/21.05. – 19.00 Uhr/26.05. – 19.00 Uhr/27.05. – 10.30 Uhr im MOKS.
»Im Café Kapauke« (13+): 25.05./26.05.2016 um 19.00 Uhr im Brauhauskeller.

AWB
Für Ihre BLZ-Anzeigen:
»Anzeigen Werbung Berghorn«
Tel.: 0421-4919033 Info unter:
www.awb-bremen.de

»Spanien war ihre Hoffnung«: 10.05.2016, 18.00 Uhr, Bremer Presseclub, Ausstellung und Veranstaltungsreihe zum 80. Jahrestag des Spanischen Bürgerkriegs.
»Schule ohne Rassismus«: 01.06. – 03.06.2016, Bundesfachtagung, Bundeszentrale für Politische Bildung, Info:
www.schule-ohne-rassismus.org

belladonna

www.belladonna-bremen.de
Mai 2016
08.05.2016, 15.00 Uhr, **»Begabt, bekannt,vergessen – Malkolleginnen von Paula Modersohn-Becker«**, Finissage und Kunstgespräch mit Dr. Hannelore Cyrus. Eintritt frei – offen für alle Interessierten.
11.05.2016, ab 16.30 Uhr, **»Tag der Offenen Tür«**, Eintritt frei – offen für alle Interessierten.
14.05.2016, 17.00 Uhr, **»LesbenFrühlingsTreffen 2016«**, Archivpräsentation: Anders, aber wie!? Lesben- und Frauengeschichte greifbar machen. Eintritt frei – nur für Frauen.
15.05.2016, 15.00 Uhr, **»Was bewegten sie? Lesbische Frauen im Bremer Viertel«**, Stadtrundgang mit Monika Brunnmüller. Kosten. Treffpunkt: Rat&Tat,Theodor-Körner-Str. 1, Dauer ca. 1,5 Std. Anmeldung bei belladonna – nur für Frauen.
23.05./30.05./06.06./13.06.2016, 4 Termine: jeweils 18.00-21.15 Uhr, **»Tools4u – Unterstützung für Selbständige«**, mit Claudia Scholl, Selene Tholen, Frauke Bitomski. Verbindliche Anmeldung – nur für maximal 14 Frauen.
25.05.2016, 19.30 Uhr, **»Frauen Geschichte(n) – Biografien und FrauenOrte aus Bremen und Bremerhaven«**, Buchvorstellung mit Regina Contzen, Edith Laudowicz, Romina Schmitter. Kosten – offen für alle Interessierten.
26.05.2016, 18.00 – 20.00 Uhr, **»Interkultureller Austausch – Gastfreundschaft«**, Austauschtreffen, Kosten: freie Einschätzung, Anmeldung bei belladonna – nur für Frauen.
28.05.2016, 10.00 – 18.00 Uhr, **»Telefon-Akquise mit Spaß – Wie Sie einfah durchstarten«**, Seminar mit Susanne Henneke, Kosten, verbindliche Anmeldung bei belladonna – nur für maximal 14 Frauen.
29.05.2016, 15.00 Uhr, **»Bremerinnen imNS.Staat – Leben nach 1933«**, Stadtrundgang mit Christine Holzner-Rabe. Kosten. Treffpunkt: Wilhelm-Kaisen-Denkmal am Herdentor, Dauer ca. 1,5 Std. Anmeldung nicht erforderlich – offen für Interessierte.
31.05.2016, 19.00 Uhr, **»Samar Yazbek – Die Fremde im Spiegel, Unionsverlag, Zürich 2015«**. Literarischer Salon, Eintritt frei, Veranstaltung nur für Frauen. **Info: Tel.: 0421-703534.**

Schnürschuh Theater: »PAPA YOLO EPIC FAIL« (12+)
Dieses Stück »Über Eltern, Kinder, on- und offline – Das Internet ist für uns alle Neuland« schreibt und inszeniert der Theaterpädagoge M. Hilbig. Aufführungen: 09./10./11./12.05.2016, 24./25./26.05.2016 und 14./15./16.06.2016, jeweils 10.00 Uhr. Info: Josepha Maschke, Pressereferat, **Tel.: 0421-555410.**

»Die Shakespeare Company im Mai 2016«
04.05.2016, 19.30 Uhr, **»Widerstand lohnt sich«**. Oder: »Wieso wird heute noch in Bremen Stahl produziert?« – Szenische Lesung.
06.05.2016, 19.30 Uhr, **»Wie es euch gefällt«**. Einführung um 19.00 Uhr.
07.05.2016, 19.30 Uhr, **»Was ihr wollt«**. Einführung um 19.00 Uhr.
08.05.2016, 19.30 Uhr, **»Theater Pschyrembel spielt Franz Kafka«**.
09.05.2016, 20.00 Uhr, **»Songs & Whispers«**. Falstaff.
13.05.2016, 19.30 Uhr, **»Schachnovelle«**. Bühne Cipolla.
14.05.2016, 19.30 Uhr, **»Kaspar«**. Gastspiel »Theater an der Ruhr«.
15.05.2016, 19.30 Uhr, **»Ein Sommernachtstraum«**. Einführung um 19.00 Uhr.
18.05.2016, 19.30 Uhr, **»Prunk und Pleite einer Unternehmer-Dynastie«**. Szenische Lesung »Aus den Akten auf die Bühne«.
19.05.2016, 19.30 Uhr, **»Romeo und Julia«**.
20.05.2016, 19.30 Uhr, **»Wassergeräusch«**.
21.05.2016, 19.30 Uhr, **»Was ihr wollt«**. Einführung um 19.00 Uhr.
22.05.2016, 19.30 Uhr, **»Fluchtpunkte«**. Von der Bibel über Brecht zur Gegenwart. Szenische Lesung.
23.05.2016, 19.30 Uhr, **»Stückwerk Bremen«**. »Ich bin Ausländer und das ist auch gut so«.
25.05.2016, 19.30 Uhr, **»Macbeth«**. Einführung um 19.00 Uhr.
26.05.2016, 19.30 Uhr, **»Geflüchtet, unerwünscht, abgeschoben«**. Premiere. Szenische Lesung »Aus den Akten auf die Bühne«.
27.05.2016, 19.30 Uhr, **»Viel Lärm um nichts«**. Einführung um 19.00 Uhr.
28.05.2016, 20.00 Uhr, **»Poetry on the Road«**. 17. Internationales Literaturfestival 2016.
29.05.2016, 19.30 Uhr, **»Mario und der Zauberer«**. Bühne Cipolla.
31.05.2016, 19.30 Uhr, **»Widerstand lohnt sich«**. Oder: »Wieso wird heute noch in Bremen Stahl produziert?« – Szenische Lesung. **Info: Tel.: 0421-500333.**

GEW Landesvorstand Bremen · Bahnhofsplatz 22-28 · 28195 Bremen
Postvertriebsstück · ZKZ 70871 DPAG · Entgelt bezahlt

1. Mai – Demonstrationen und Kundgebungen

Bremen:
09.00 Uhr: Frühstück im Bürgerhaus Weserterassen
10.15 Uhr: Sammeln zur Demonstration, Parkplatz des Weserstadions
12.05 Uhr: Kundgebung auf dem Domshof
Bremerhaven:
10.00 Uhr: Demonstration vom Gewerkschaftshaus, Hinrich-Schmalfeld-Str.
11.00 Uhr: Kundgebung, Große Kirche, »Bürger“
Bremen-Nord:
10.00 Uhr: Sammeln zur Demonstration, Arbeitsamt
10.30 Uhr: Demonstration mit Musik
11.00 Uhr: Kundgebung, Sedanplatz

Stadtverband Bremen

Mai
01.05. 1. Maifrühstück, 9.00 Uhr Bürgerhaus Weserterassen
10.05. AK der Seniorinnen und Senioren, 10 Uhr GEW Bremen
11.05. AK Grundschulen, 17.00-19.00 Uhr, GEW Sitzungszimmer
12.05. AK Päd. Mitarbeiterinnen, 17.00 Uhr, Personalrat Schulen
19.05. FG Oberschule, 17.00 Uhr, GEW Sitzungszimmer
24.05. Mitgliederversammlung, 18.00 Uhr

Juni
01.06. AK Kurdistan, 17.00-19.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen
02.06. Inklusive Schule & Sonderpädagogik, 17.00 Uhr, GEW Geschäftstelle
09.06. AK Päd. Mitarbeiterinnen, 17.00 Uhr, Personalrat Schulen
14.06. AK der Seniorinnen und Senioren, 10 Uhr GEW Bremen

Seminare

Bildungsurlaub für Pädagogische Mitarbeiter_innen in der Schule
Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Pädagogische Mitarbeiter_innen an Schulen? Wie sieht die Zusammenarbeit und Abgrenzung mit/zu den Lehrer_innen aus? Welche Unterstützung brauchen wir? Wie können wir uns besser vernetzen? Anhand von Fallbeispielen werden aktuelle Themen und Probleme der Pädagogischen Mitarbeiter_innen an Schulen diskutiert.
In Kooperation mit Arbeit und Leben Bremerhaven e.V.
Donnerstag, 19.05.2016, 9:00 bis 16:00 Uhr
Bremerhaven, Gewerkschaftshaus, Hinr.-Schmalfeldt-Str. 31 b
Leitung: HIma Drolshagen, Mitglieder des PR-Schulen Brhv.

Wiedereinstieg nach Elternzeit und Sabbatjahr
Die Rückkehr in den Job nach einer längeren Auszeit wird von manchen heiß ersehnt, für andere ist der Schritt mit Bauchschmerzen verbunden. Vielleicht haben sich mit dem Abstand die eigenen Prioritäten neu sortiert oder zusätzliche Herausforderungen sind dazugekommen. Wie kann der Übergang in den Job möglichst entspannt gelingen? Welche Spielräume hast du, den Anforderungen, die auf dich warten, gelassen zu begegnen? Was hast du während deiner Auszeit gelernt oder erfahren, das du in den (Arbeits-) Alltag integrieren möchtest? Das Seminar soll dich unterstützen, den Übergang gut zu gestalten.
28.05.2016, 10:00 bis 17:00 Uhr
DGB-Haus | Bremen, Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen, kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder 40 Euro)
Anmeldeschluss: 14.05.2016

Kanutour (nicht nur) für neue Mitglieder Bremerhaven
Bei dieser Kanutour erwarten dich Gespräche und Infos rund um die GEW, Entspannung auf dem und am Wasser. Im Vordergrund steht, gemeinsam einen entspannten und schönen Tag zu verbringen und neue KollegInnen kennenzulernen. Aber auch Zeit zu haben für Fragen und Diskussionen rund um die Gewerkschaftsarbeit: Was tut die GEW für ihre Mitglieder? Wie ist sie aufgebaut? Wo kann man mitmachen? Welche aktuellen Projekte gibt es? Wie kann ich aktiv werden, ohne mich gleich auf Dauer zu verpflichten? Für die Verpflegung während der Tour ist gesorgt. Die Tour eignet sich auch für Kanu-AnfängerInnen!
Bremerhaven: Start/Ende: HBF Bremerhaven
Leitung: Michael Görlach
20.08.2016, 10:30 bis 17:00 Uhr
HBF Bremerhaven, Friedrich-Ebert-Straße 73, 27570 Bremerhaven
10 Euro inkl. Verpflegung (kostenlos für Neumitglieder)
Anmeldeschluss: 05.08.2016

Kanu-Tour (nicht nur) für Neu-Mitglieder Bremen
Bei dieser Kanutour erwarten dich Gespräche und Infos rund um die GEW, Entspannung auf dem und am Wasser. Im Vordergrund steht, gemeinsam einen entspannten und schönen Tag zu verbringen und neue KollegInnen kennenzulernen. Aber auch Zeit zu haben für Fragen und Diskussionen rund um die Gewerkschaftsarbeit: Was tut die GEW für ihre Mitglieder? Wie ist sie aufgebaut? Wo kann man mitmachen? Welche aktuellen Projekte gibt es? Wie kann ich aktiv werden, ohne mich gleich auf Dauer zu verpflichten? Für die Verpflegung während der Tour ist gesorgt.
Die Tour eignet sich auch für Kanu-AnfängerInnen!
Start: Lilienthal, Ende: Findorffhafen (Nähe Hbf)
Leitung: Inge Kleemann
03.09.2016, 10:30 bis 17:00 Uhr
Start: Lilienthal Ende: Findorffhafen (Nähe Hbf), Lilienthal
Kosten: 10 Euro incl. Verpflegung, für Neumitglieder kostenlos!
Anmeldeschluss: 19.08.2016